

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Gegen Kürzungen von Lehrerdienstposten in Graz

GR. Mag. **Spath** stellt namens von ÖVP, KPÖ, Grünen und Piratenpartei folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Spath**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Stadträte, hoher Gemeinderat! Ich darf einen dringlichen Antrag heute einbringen gegen Kürzungen von Lehrerdienstposten in Graz. Unterstützt wird dieser Antrag von der KPÖ, von den Grünen und vom Gemeinderat Pacanda. Schulen und Pädagoginnen und Pädagogen im urbanen Bereich sind mit besonderen Herausforderungen konfrontiert und müssen ungleich mehr leisten als Schulen im ländlichen Bereich. Aus diesem Grund hat das Land Steiermark in den vergangenen Jahren einen besonderen Schwerpunkt für Lehrerdienstposten auch in Graz gesetzt. Dadurch konnten wesentliche und wichtige Projekte für den Bildungsstandort in Graz umgesetzt werden.

Diese Schwerpunktsetzung soll nun seitens des Landes zurückgenommen werden. Die damit verbundenen Kürzungen sind aus Grazer Sicht unverantwortlich und gleichen einem Kahlschlag der Grazer Bildung. Daher können diese in keiner Weise stillschweigend hingenommen werden. Außerdem ist die Stadt Graz als Schulerhalter nie detailliert informiert worden.

Insgesamt sollen 60 Lehrerdienstposten von den Kürzungen betroffen sein, darunter Schwerpunkte im Bereich der bilingualen Ausbildung, Musikschwerpunkte und die Aktion „Fisch“. Genauso im sonderpädagogischen Bereich sollen zahlreiche Stunden gekürzt werden. Diese weit reichenden Einschnitte in die Grazer Bildungslandschaft gilt es, gemeinsam zu verhindern.

Gleichzeitig ist es das Gebot der Stunde, alle möglichen finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten für den Bildungsstandort Graz abberufen. Am vergangenen Wochenende hat die Noch-Bildungsministerin Heinisch-Hosek zusätzlich

63,75 Millionen Euro für Schulen mit besonderen Herausforderungen gegeben. In diesem Zusammenhang muss von Seiten des Landes sichergestellt werden, dass der entsprechende steirische Anteil dieser Mittel auch vollständig abgerufen und den entsprechenden Schulstandorten, vor allem im urbanen Bereich, zur Verfügung gestellt wird.

Wir, der Grazer Gemeinderat, sind daher aufgefordert, uns in einem gemeinsamen Schulterschluss aller Fraktionen vehement gegen die geplanten Kürzungen auszusprechen zum Wohle der Grazer Schülerinnen und Schüler und zum Wohle des Bildungsstandortes Graz.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

1. Die steirische Landesregierung, insbesondere die für Bildung zuständige Landesrätin Mag. Ursula Lackner, wird aufgefordert, ein klares Bekenntnis zum Bildungsstandort Graz abzugeben und die geplanten Kürzungen von Lehrerdienstposten zurückzunehmen.
2. Die zuständige Bildungslandesrätin Mag. Ursula Lackner wird weiter aufgefordert, in Bezug auf die durch den Bund in Aussicht gestellten Zusatzmittel alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit die in diesem Zusammenhang dem Land Steiermark zustehenden Mittel in voller Höhe abgeholt und den steirischen, insbesondere den Grazer Schulen, zur Verfügung gestellt werden können.

Bitte um Annahme (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Nachdem dieser dringliche Antrag von der KPÖ, den Grünen und Gemeinderat Pacanda unterstützt wird, befinden wir uns bereits in der inhaltlichen Debatte, weil die Dringlichkeit damit gegeben ist.

GR. Mag. **Fabisch** zum Antrag: Liebe Frau Vizebürgermeisterin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben uns schon vor einer Woche diesbezüglich geäußert und durch eine Aussendung auch dagegen protestiert gegen die Vorhaben, die anscheinend angedacht werden. Ich bin auch schon ziemlich lange im Bildungsbereich tätig und glaube, sagen zu können, dass es nicht immer so heiß gegessen wird, wie es gekocht wird. Trotzdem glaube ich, dass dieser Antrag, lieber Kollege Spath, lieber Gerhard, ein notwendiger Antrag ist, um etwaige Probleme im Herbst vielleicht gar nicht entstehen zu lassen. In der Grazer Bildungslandschaft blühen viele schöne Blumen und das ist gut so und so muss es auch bleiben. Vielleicht braucht es noch im psychologischen Bereich Unterstützungspersonal an jeder Schule, so unser Vorhaben, schon seit langem unsere Forderung. Auf jeden Fall diese Blumen sollen blühen, andere Blumen, außerhalb von Graz, und das möchte ich zumindest mündlich an die Landesregierung hier mitgeben, blühen nicht mehr und die heißen Kleinschulen. Die Kleinschulen am Land sind leider zum Teil nicht mehr existent und ich glaube, dass das ein sehr schwerer Verlust ist für die Bildungslandschaft in der Steiermark, das möchte ich auch hier nochmals sagen. Wenn Kinder zwischen 6 und 10 Jahren schon daran gewöhnt werden müssen, dass sie diesen Weg zur Volksschule nicht zu Fuß gehen, sondern in den nächsten Ort eben chauffiert werden, dann muss ich sagen, ist das eigentlich das Gegenteil von einer Forderung, die auch sehr einsichtig ist, dass man sich doch jeden Tag eine Stunde bewegen sollte. Da geht, glaube ich, den Kindern viel verloren, aber über verschüttete Milch kann man jetzt nicht mehr diskutieren, viele Schulen sind leider geschlossen. Darum schauen wir wieder nach Graz und ich glaube, dieser Antrag hat seine Notwendigkeit, um es abzuschließen, da die Frau Landesrätin

nicht in der Form reagiert hat, wie wir es uns eigentlich gewünscht hätten. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: Liebe KollegInnen, Stadtregierung, Gemeinderat und Zuhörerinnen und Hörer! Ich möchte ganz kurz eigentlich nur darauf eingehen, dass wir das jetzt bereits im Ausschuss auch sehr darüber diskutiert haben, wie man versucht hat, hier zu kommunizieren, um das zu verhindern und wir werden jetzt auch gleich die Zusatzanträge vorgestellt bekommen von der Kollegin Marak-Fischer und für die grüne Fraktion werden wir diesen Zusatzanträgen auch zustimmen, weil dahinter steht im Zusatzantrag, dass der Herr Stadtrat und die Frau Landesrätin miteinander reden. Und ich möchte ein bisschen hinweisen auf dieses Klima, das dahinter herrscht. Wenn die Frau Landesrätin für den Herrn Stadtrat nicht erreichbar ist, wenn man nur über den Landesschulrat Informationen kriegt, wenn Pflichtschulinspektoren unterwegs sind in den Schulen und Inspektorinnen und natürlich Verunsicherung sehen, weil Dienstpostenpläne verändert werden und gestrichen werden, dann ist das was, was nach außen geht, was einfach extrem unangenehm ist, was Verunsicherung schafft und deswegen wäre wirklich die Bitte, hier rasch für ein gutes Klima zu suchen, miteinander ins Gespräch zu kommen und das einfach auszuräumen, weil das ist das, wofür letztendlich auch Politik gewählt wird. Danke (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Liebe Frau Vizebürgermeisterin, geschätzte Kollegen und Kolleginnen, Zuhörer und Zuhörerinnen auf der Zuhörertribüne! Ich glaube, in einer Sache sind wir uns hier herinnen alle einig, dass Graz große Herausforderungen hat, dass insgesamt Schule große Herausforderungen hat und dass im urbanen Raum die Herausforderungen noch besondere sind. Ich glaube, wir sind uns zweitens alle

darüber einig, dass ein Sparen im Bildungsbereich in keinsten Form sinnvoll und nachhaltig ist und dass wir deswegen drittens uns auch einig sind, dass man speziell in Graz, einer Stadt, die erstens besondere Herausforderungen hat und zweitens auch noch wächst jährlich, wie wir wissen um 4.000 Einwohner und damit auch entsprechend vielen Kinder, auf keinen Fall Einsparungen hinnehmen sollten und uns auch alle gemeinsam natürlich gerne dafür aussprechen. Wo wir uns aber nicht einig sind, ist die Frage, wie jetzt diese Einsparungen tatsächlich ausschauen und wir sind uns schon einmal nicht ganz einig, ob es überhaupt Einsparungen geben soll. Denn anders als in diesem Antrag hier formuliert, lieber Gerhard, bei näherer Recherche im Landesschulrat und Land kann man nur sagen, kommt man langsam doch zum Schluss auch, dass einiges eher auf tönernen Beinen steht von dem, was hier geschrieben wird, zum Teil wird ja von 40 bis 60 Dienstposten geschrieben, wovon das Land in keinsten Weise irgendwas bestätigen kann und auch im Landesschulrat nicht, hier dürfte schon einiges, vor allem auch, wenn es um konkrete Kürzungen im Sprachbereich und in anderen Bereichen hier geht oder im musikalischen Bereich, da dürfte einiges schon eher im Bereich der Gerüchte sich befinden und weniger im Bereich der Faktenlage.

Zwischenruf GR. Mag. Molnar: Nein, leider nicht.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer:** Zumindest konnte mir das in keiner Stelle irgendjemand konkretisieren oder bestätigen, das heißt, was für mich hier in dieser Situation offenkundig ist, ist, dass ein bisschen zu wenig auf der einen Seite gesprochen wird, nämlich zwischen denen, die die Verantwortung haben und dem Herrn Stadtrat und auf der anderen Seite offenbar ein bisschen zu viel geredet wird, nämlich darum, wenn es darum geht, Gerüchte aufzubauschen, zu dramatisieren und das, was die ganze

Geschichte natürlich dann schon auch gefährlich wird, bis hin zu Eltern und Medien zu bringen. Denn das führt zur Verunsicherung bei den Eltern, bei den Lehrern und Lehrerinnen und bei den Kindern und ich glaube, das will doch keine von uns. Ich glaube, wir haben als gewählte Politiker und Politikerinnen die Verantwortung, uns zusammzusetzen, Lösungen zu finden und nicht Gerüchte noch zu vergrößern und sogar zu den betroffenen Menschen zu bringen und dort für Verunsicherung zu finden (*Applaus SPÖ*). Das heißt, was wir nicht brauchen, ist ein medial ausgetragenes Hick-Hack, irgendwo habe ich heute auch gelesen das Wort politisches Kleingeld wechseln, ich glaube, weder das eine noch das andere brauchen wir, sondern wir brauchen ein Gespräch und daher ist Ziel und Inhalt meines Zusatzantrages, dass der zuständige Stadtsenatsreferent Kurt Hohensinner ersucht wird, in dieser Angelegenheit einen runden Tisch unter Einbeziehung von VertreterInnen des Landes, des Landesschulrates sowie der Gemeinderatsfraktionen einzuberufen, in dem die Ist-Situation des Dienstpostenstandes ebenso abgeklärt werden soll wie allfällig erforderliche Verbesserungspotenziale zur Sprache kommen sollen und das Zweite ist, im Antrag vom Gerhard Spath steht drinnen, das Land soll alle Mittel abholen, die zur Verfügung stehen und ich möchte es noch um einen Punkt vier ergänzen. Auch der zuständige Stadtsenatsreferent wird ersucht, einen detaillierten Bericht vorzulegen, inwieweit seitens der Stadt Graz und seitens des Bildungsressorts sämtliche möglichen Förderungspotenziale aus den Bereichen des Landes beziehungsweise des Bundes durch die Stadt für den Pflichtschulbereich im Allgemeinen und für die Ganztageschule in Anspruch genommen werden. Denn auch hier gäbe es schon Mittel pro Ganztagesgruppe, ich weiß schon, das ist nicht 1 : 1 mit Lehrerdienstposten gleichzusetzen, aber es gibt Mittel und die werden definitiv nicht abgeholt derzeit im Land. Das heißt, auch hier ist noch Luft nach oben hin und ich glaube, dieser Punkt vier könnte noch eine sinnvolle Ergänzung sein, wiewohl wir als SPÖ selbstverständlich uns nicht verwehren, auch dem Punkt eins und zwei zuzustimmen, weil wir natürlich, wie schon eingangs gesagt, selbstverständlich der Meinung sind, dass Kürzungen in irgendeiner Form sinnlos und kontraproduktiv wären. Das heißt, wir werden Punkt eins

und zwei zustimmen und zusätzlich noch Punkt drei und vier in Form eines Zusatzantrages, wie bereits vorgelesen, einbringen. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Mogel:** Liebe Zuhörer, hoher Gemeinderat, werter Stadtsenat, Frau Vizebürgermeister, lieber Kollege Spath! Schulen hier in Graz im städtischen Raum sind tatsächlich mit höheren Herausforderungen konfrontiert. Haben wir in Graz im Verhältnis mit Abstand den höchsten Anteil fremdsprachiger Zuwanderung in der ganzen Steiermark. Eine Kürzung der Lehrerposten die sehen auch wir als problematisch, weil dadurch auch die Schüler sehr darunter zu leiden haben. Weiters befürchten wir auch eine Schlechterstellung von Kindern mit sonderpädagogischem Betreuungsbedarf nach den geplanten Eingliederungen der Sonderschulen in den Regelschulbetrieb, wie wir das das letzte Mal gehört haben. Daher werden wir dem Antrag von dir auch zustimmen, dem Zusatzantrag werden wir in der Form nicht zustimmen, weil ich glaube, dass der Herr Stadtrat, wenn dieser Antrag durchgehen sollte, so wie das hier aussieht, genug zu tun haben wird, auch mit dem Land dieser Petition Nachdruck zu verleihen. Da wird es wahrscheinlich keine Arbeitskreise, runden Tische und sonst irgendwas benötigen und irgendeinen Zwischenbericht, das ist seine klassische Arbeit, da werden wir eh fragen, das wird er wahrscheinlich auch nicht brauchen, deshalb werden wir den Punkten drei und vier hier beim Zusatzantrag nicht zustimmen (*Applaus FPÖ*).

GR. **Rajakovics:** Liebe Kollegin Marak-Fischer! Die Fakten liegen schon am Tisch, es rufen die Direktoren an, ich weiß nicht, ob du mit dem Ferdinandeum gesprochen hast mit dem Direktor, mit der Direktorin von der Geidorf-Schule, mit der Direktorin von der GIBS, die werden angerufen und ihnen mitgeteilt, da geht es nicht um die

Lehrerdienstposten, die uns zustehen und auch das, was die Frau Lackner, die Frau Landesrätin heute gesagt hat, ist eine Nebelgranate. Natürlich haben wir aufgrund der Zahl, die sich aus der Schülerzahl in Graz errechnet, natürlich brauchen wir da mehr Lehrerdienstposten, wir bekommen auch mehr Lehrerdienstposten. Wir reden aber von den Lehrerdienstposten, die über den für die Stadt Graz nötigen Dienstplan vom Land bisher finanziert worden sind und das sind inklusive der Sonderdienstposten für die Sonderschulen sind das 60. Allein 30 werden aus diesem Bereich wegfallen und dann gibt es weitere 30 in diversen Projekten, die wir deshalb machen, weil die Stadt Graz, wie der Kollege vor mir auch gesagt hat, einen anderen Förderbedarf hat, aber vor allem auch mehr anbieten will, auch für die österreichischen Kinder mehr anbieten will, weil die Schwimmkurse kommen nicht nur oder die Musikausbildung im Ferdinandeum kommt ja nicht nur MigrantInnen zugute. Wir machen ganz viel, liebe Marak-Fischer, wir machen ganz viel, Frau Magister, wir machen ganz viel, was das Land nicht unterstützt. Wir haben jetzt Schulsozialarbeit angefangen, wo im Land keiner mit dem Ohr gewackelt hat. Wir haben mit Zusatzstunden im bilingualen Bereich angefangen, das hat alles die Stadt Graz zuerst gezahlt. Und wir waren immer dabei, wenn das Land mit uns reden wollte. Ich habe den [REDACTED] versucht zu erreichen vor zehn Tagen, bis heute habe ich von ihm nicht einen Rückruf bekommen.

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Mag.^a Marak-Fischer: Das ist aber gar nicht so schwer.

GR. **Rajakovics:** Ich weiß, das ist für euch vielleicht nicht so schwer, wenn er euch die Verteidigungslinie der Frau Lackner vorgibt, aber ihr seid ja nicht die Pressesprecher von der Frau Lackner, sondern Gemeinderäte der Stadt Graz (*Applaus ÖVP*), also da muss man schon die Kirche im Dorf lassen. Das ist ein bisschen eine Nebelgranate, die du da wirfst mit anderen Forderungen. Erstmals hat der Herr Stadtrat Hohensinner eh

ausführlich berichtet im Ausschuss, wird auch wieder berichten und zweitens werden wir dort, wo Gelder für uns notwendig sind, das Geld auch abholen. Wenn es ein ganz kompliziertes Modell gibt, wo man nur ein paar Stunden kriegt für eine Ganztagschule, das für uns aber gar nicht wichtig ist, weil wir ganz andere Bereiche haben, wo wir keine Förderung bekommen, dann hat das gar keinen Sinn, dass wir irgendwas abholen für etwas, was wir nicht brauchen. Was wir brauchen ist, dass diese Projekte, für die wir zum Teil auch ausgezeichnet worden sind und die mit gutem Grund in Graz stattfinden und für die es tatsächlich mehr Dienstposten in Graz gibt, als uns nach der Schülerzahl zustehen, dass diese Projekte nicht gekürzt werden und aus den Mails, die heute an die DirektorInnen ergangen ist, steht kein Wort davon, dass ihre Projekte außer Frage stehen. Es steht drinnen, dass in den nächsten Wochen darüber beraten wird. Ich kann dir das Mail zeigen. Also bitte stimmt mit uns mit, dass es, danke auch, dass ihr mitstimmt, dass da keine Lehrerdienstposten gestrichen werden, aber das, was du jetzt da angeführt hast, das stimmt in der Form nicht. Der Stadtrat hat x-Mal probiert und ich habe es auch probiert und ich habe weder eine Mail bekommen, das Mail, das an die Direktoren gegangen ist, ist an uns nicht gegangen zur Information.

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Mag.^a Marak-Fischer: Dann macht einen runden Tisch.

GR. **Rajakovics:** Es mag sein, dass die Abteilung, der Herr ■■■■, sein eigenes Spiel spielt und die Frau Landesrätin oft gar nicht mehr weiß, was ihre Abteilung macht, das passiert ja auch. Mag sein, dass sie gar nicht den Auftrag dazu gegeben hat, aber sie könnte es abstellen und nicht mehr und nicht weniger wollen wir da in dem Zusammenhang (*Applaus ÖVP*).

StR. **Hohensinner**, MBA: Frau Vizebürgerin, werter Gemeinderat! Ich glaube, ihr wisst alle, dass ich jemand bin, der sehr stark einfach eine Lösung sucht und sehr stark mit anderen Leuten zusammenarbeitet. Ich habe auch mit der Bildungslandesrätin vom Anfang an eigentlich eine gute Gesprächsbasis gehabt und wir haben auch ausgemacht, dass wir uns nicht Sachen über die Medien ausrichten, das war ursprünglich so die Abmachung. Aber jetzt zum Inhalt. Wir haben in den letzten Jahren, also das ist jetzt nicht erst dieses Schuljahr gewesen, in Graz einen Schwerpunkt gehabt, was Lehrerdienstposten anbelangt. Mit gutem Recht, wir sind einfach ganz anders aufgestellt in Graz im urbanen Bereich wie zum Beispiel der Bezirk Murau und es sind jährlich diese Dienstpostenpläne um hunderte Dienststellen überzogen worden. Davor war ja der jetzige Finanzlandesrat zuständig und der hat das auch immer mitgetragen für die Stadt Graz. Im Februar sind die ersten Gerüchte aufgetaucht, dass diese Schwerpunktsetzung in der Stadt Graz zurückgenommen wird. Es hat dann am 1. März eine Sitzung im Land Steiermark gegeben, da habe ich quasi das zur Sprache gebracht und habe gesagt, es droht oder es gibt Gerüchte, dass eben dieser Schwerpunkt zurückgezogen wird. Da war die Frau [REDACTED] anwesend, sie ist die zuständige Mitarbeiterin der Landesrätin. Sie hat gesagt, Einsparungen gibt es nicht, dann habe ich gesagt, es geht ja darum, dass die Schwerpunktsetzung beibehalten bleibt und dass wir da keine Auskunft geben können. Ab dem Zeitpunkt war Sendepause und dann plötzlich, das war Ende April, rufen uns Schuldirektoren an und Eltern und sagen uns, dass eine Pflichtschulinspektorin in Graz unterwegs ist im Auftrag des Landes, im Auftrag des Hofrates und überbringt die Botschaft, dass ab September gewisse Klassenzweige nicht mehr weitergeführt werden und ich habe das ja da schwarz auf weiß, um welche Schulen es geht. Es geht um die Volksschule Geidorf, es gibt eben dort die Kroatisch-Klasse, das ist ein Vorzeigeprojekt und da ist die Direktorin, ich habe sie gestern extra noch einmal angerufen, ist informiert worden, ab Herbst gibt es das nicht mehr. Jetzt gibt es wieder andere Informationen, es sind Gerüchte.

Ich hätte gerne von der Landesrätin wirklich gesagt, sie steht dazu, sie steht zum Bildungsstandort Graz und es gibt keine Frage, der Schwerpunkt wird beibehalten, aber ich habe bis jetzt keine Rückmeldung bekommen. Gleiches gilt für die Volksschulen Ferdinandeum und St. Peter, beide Schulen haben einen Musikschwerpunkt. Auch da haben die Direktoren die Info gekriegt, dass Stunden abgezogen werden und Lehrerdienstposten abgezogen werden. Was mir sehr am Herzen liegt, ist die Inklusion, die Integration. Die Bundesministerin will eine Inklusion vorantreiben und auf der anderen Seite droht uns das Land, dass hier zirka 40 Dienststellen abgebaut werden. Ich muss sagen, wenn das der Fall ist, dann werde ich keine einzige Sitzung mehr in Richtung Inklusion machen, weil es ist einfach nicht machbar, wir brauchen diese Ressourcen. Dann bin ich vergangene Woche, Montag war das in dieser Woche, bin ich beim Pinguin-Cup gewesen, kennt ihr vielleicht, das ist so quasi die Abschlussveranstaltung von der Aktion Fisch. Der ■■■ hat die Information vom Land Steiermark bekommen, dass eine Dienststelle eingespart wird. Das heißt, die ganzen Schwimmkurse an den Grazer Volksschulen wären gestrichen gewesen. Also das sind nicht nur Gerüchte, es sind einfach Informationen an die Schulen herangetragen worden, die nicht von der zuständigen Bildungslandesrätin widersprochen wurden und das fordere ich ein. Ich habe vor eineinhalb Wochen die Landesrätin angerufen, sie hat nicht zurückgerufen, da war sie auf Klubreise. Ich habe heute noch einmal eine SMS an sie geschickt mit der Bitte, dass wir uns zusammensetzen, dass dieser Bildungsschwerpunkt in Graz nicht abgezogen wird. Ich habe nichts zurückbekommen. In der Zwischenzeit kommuniziert sie teilweise mit Schulen, teilweise mit Medien. Und noch zum Zusatzantrag möchte ich sagen, natürlich ich setze mich sofort mit der Bildungslandesrätin zusammen, wenn sie jetzt anruft, dann gehe ich rüber und werde auch, können wir dazunehmen, aber ich werde dir was erklären.

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Mag.^a Marak-Fischer: Und mit dem Landesschulrat.

StR. **Hohensinner**, MBA: Ja, ich erkläre dir das, ich habe mich ganz genau erkundigt. Der Dienststellenplan in den höheren Schulen macht der Landesschulrat mit den Pflichtschulinspektoren, bei den Volksschulen und den Neuen Mittelschulen macht das das Land Steiermark, ■■■■■, gemeinsam mit den Pflichtschulinspektoren. Also da ist einfach die Verantwortung wirklich festgemacht am Land Steiermark. Aber noch einmal zum Zusatzantrag. Der runde Tisch, das mache ich, ich warte nur auf einen Rückruf von der Bildungslandesrätin und ich hoffe, dass wir wieder zu dieser Kultur zurückfinden, dass man die Sachen so ausmachen, dass es zu keinen Verunsicherungen bei den Eltern kommt. Aber ich brauche einmal einen Rückruf von ihr und eine klare Stellungnahme, nicht, dass es zu keinen Einsparungen kommt, sondern dass sie zu dem Bildungsschwerpunkt in der Stadt Graz steht. Nächster Punkt, was ihr bemängelt, dass die Gelder nicht abgeholt werden, was die Nachmittagsbetreuung betrifft. Es gibt da drei Töpfe, es gibt den Topf der Betreuung, da holen wir alles ab, was nur geht, das sind 1,5 Millionen, es gibt den zweiten Topf der Infrastruktur, da holen wir auch alles ab, ich meine, wir müssen einfach auch die Räumlichkeiten ausbauen, da holen wir uns in etwa 500.000 Euro ab und dann gibt es noch den Topf des Zusatzpersonals, da haben wir 80.000 Euro abgeholt. Ich habe gehört, es ist mehr möglich, aber es ist bürokratisch ganz schwierig, weil nicht einmal Honorarnoten gewertet werden, sondern es muss das ganze Jahr sein. 4.500 pro Gruppe ist die Maximalförderung, aber die meisten Projekte kosten um einiges mehr. Aber ich schaue, wir stellen die Nachmittagsbetreuung ab September auf neue Beine mit unserer Gesellschaft, da werden wir alles dran setzen, dass wir alle finanziellen Möglichkeiten ausschöpfen können, gar keine Frage. Nur ist da muss ich sagen, der Zusatzantrag schon ein bisschen eine Nebelgranate, weil es geht um Lehrerdienstposten und nicht um die Nachmittagsbetreuung. Obwohl ich diese zwei Punkte, die du angeführt hast, auch ausführen werde, aber da brauchen wir jetzt deinem Zusatzantrag nicht zustimmen.

Ich bitte wirklich, ich habe das im Ausschuss ganz lange ausgeführt, ich bin nicht einer, der was öffentlich austrägt, aber wenn die Landesrätin klar Stellung bezieht zum Bildungsstandort Graz und ihre Verwaltung anweist, dass dieser Schwerpunkt weitergeführt wird, sind wir dankbar und sie wird dann auch einen Applaus von mir ernten können. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Spath**: Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat! Ich darf zuerst einmal ganz herzlich danke sagen für die Zustimmung zum dringlichen Antrag, für die breite Zustimmung. Möchte auf den einen oder anderen Punkt noch kurz eingehen. Andreas, du hast gemeint, im Herbst werden die Probleme sich lösen...

Zwischenruf GR. Mag. Fabisch: Das habe ich nicht gemeint, wir hoffen es.

GR. Mag. **Spath**: ...oder dass wir dann auch diese Dienstposten bekommen. Ja, ich bin auch der Meinung, dass sich im Herbst, aus Erfahrung weiß ich, dass sich da immer einiges dann löst, ich hoffe auch in dieser Richtung. Zur Frau Kollegin von den Grünen. Ins Gespräch kommen zwischen Stadt und Land ist wichtig, auch von der Alexandra ist das gekommen. Ich glaube, wir haben gerade gehört, unser Stadtrat ist im Gespräch, versucht, das Gespräch ständig mit der Landesrätin zu bekommen, aber er bekommt leider halt keine Rückantwort. Ich glaube auch, dass wir nicht, liebe Alexandra, ein Hickhack und ein politisches Kleingeld hier schlagen sollten, dazu ist einfach das Anliegen ein viel zu wichtiges, denn in erster Linie sollen die Kinder und Schülerinnen und Schüler in Graz im Vordergrund stehen und hier ist es notwendig, dass das Land

natürlich die Dienstposten schafft und auch das Geld auftreibt dazu. Daher meine ich, dass es auch gut wäre, diesem dringlichen Antrag, den ersten beiden Punkten hier zuzustimmen und den Zusatzantrag, den hat der Herr Stadtrat eigentlich eh schon gesagt, dass er das soundso machen wird. Also es reicht, glaube ich, wenn wir dem dringlichen Antrag zustimmen. Danke noch einmal für die breite Zustimmung (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag der SPÖ wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

2) Keine Kürzungen bei den Grazer Spitälern

GR.ⁱⁿ **Heinrichs** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ **Heinrichs**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Damen und Herren! Es hat am 8. Mai diesen ausführlichen Artikel mit dem Titel „Spitalsreform, bitte warten“ in der Kleinen Zeitung gegeben, der ist ja keinesfalls überraschend gekommen, für niemanden von uns. Aber dementsprechend ausführlich und deutlich dramatisch und daher habe ich mich zu dieser Initiative entschlossen und um meiner Bitte an alle Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates zum zukünftigen Geschehen um diese öffentlichen Gesundheitseinrichtungen der Stadt Graz heranzutreten, darf ich jetzt wie folgt ausführen: Mit der geplanten Spitalsreform, die für kommenden Herbst erwartet wird, soll im steirischen Gesundheitswesen kein Stein auf dem anderen bleiben.

Es soll die Anzahl der steirischen Spitäler drastisch, und zwar auf die Hälfte, reduziert werden und Herr Finanzlandesrat Schickhofer hat angekündigt, dass der KAGes-Gesellschafterzuschuss des Landes bis 2020 um 117 Millionen Euro gesenkt werden soll. Vor allen Dingen soll an der Universitätsklinik Graz massiv eingespart werden.

Derartige Pläne sind eine ernsthafte Bedrohung, wie wir meinen, für Graz, da sind wir uns also ganz sicher, insbesondere, weil die Stadt ständig und deutlich wächst. Die Ärztinnen und Ärzte sowie das gesamte medizinische Personal, welches in den Groß-LKHs der Stadt und in den Gesundheitseinrichtungen arbeitet, sind jetzt schon am Limit und leisten Tag für Tag Großartiges. Daher dürfen keinerlei Kürzungen beim Personal vorgenommen werden, wir sprechen uns kategorisch gegen solche Ideen, gegen solche Maßnahmen aus.

Was dabei insbesondere den Bewohnern und Bewohnerinnen der Stadt Graz bevorsteht, muss als bedrohlich angesehen werden. Man darf sich nicht wundern, wenn die Menschen zusätzlich zu ihren Grundängsten mit diesen Sorgen, was also ihre adäquaten Gesundheitsversorgung angeht, unterwegs sein wird und es darf mit Recht ein unschönes Bild gemalt werden, nämlich das, dass Stadt und Land, das ist in diesem Artikel ganz deutlich und sehr brauchbar dargestellt, um die Wette streichen.

Angesichts steigender Bevölkerungszahlen und sich verändernder Problemlagen und Altersstrukturen widerspricht es jeder Logik und wäre fatal, das Angebot an Behandlung und Betreuung unseren Kranken gegenüber zu minimieren. Explodierende Folgekosten nach medizinischer Unterversorgung haben mit vernünftigen ökonomischen Überlegungen nichts gemein.

Darüber hinaus ist etwaigen Ideen zur Auslagerung medizinischen Angebots sowie des medizinischen Personals aus dem öffentlichen in den privaten Versorgungsbereich zur Sicherstellung der Gesundheitsversorgung aller Menschen dringend entgegenzuwirken.

Deshalb stelle ich an Sie, werte Kollegen und Kolleginnen, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich dazu, dass das Angebot (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), das zur adäquaten Gesundheitsversorgung in Graz nützlicher- und notwendigerweise zur Verfügung stehen muss, nicht nur erhalten bleiben muss, sondern allen zeitgemäßen Standards entsprechend auszubauen ist. Er spricht sich ausdrücklich gegen Spitalschließungen aus (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig** zur Dringlichkeit: Liebe KollegInnen, jetzt kann ich wieder neue KollegInnen auf der Galerie begrüßen, das ist fein, wenn man öfter heraußen ist, da oben ist es sehr lebendig heute, sehr viel Besuch, das ist schön. Also zur Dringlichkeit gleich einmal vorweg, ja, liebe Elke, danke für diesen Antrag, es ist durchaus dringlich. Es gibt diese große Verunsicherung in der Bevölkerung, nicht nur in Graz, sondern auch in den Regionen, wie diese Spitalsreform dennoch ausschauen sollte. Wir unterscheiden uns nur im Stil da ein bisschen, deswegen bringe ich jetzt auch gleich unseren Abänderungsantrag ein. Diese Verunsicherung in der Bevölkerung ist gegeben, es gibt eine große Debatte in Graz und darüber hinaus, wie Gesundheitsversorgung in Zukunft ausschauen sollte. Auch die Gesundheitsstadträtin bringt sich massiv ein, meine Kollegin im Landtag, Sandra Krautwaschl, engagiert sich hier sehr intensiv, endlich auch am Land stärker mit den Leuten ins Gespräch zu kommen, was wirklich gebraucht ist. Die Info, die immer kommt ist, die Stolzalm wird irgendwie abgebaut, Mariazell wird geschlossen, eventuell Bad Aussee wird geschlossen und damit passiert ganz viel Verunsicherung. Die Realität ist, dass Leute lange darauf warten müssen, bis ein Distriktarzt den Totenschein ausstellt, weil es nicht mehr ausreichend Distriktärzte gibt. In Graz sind wir davon, Gott sei Dank, in vielen Bereichen noch nicht betroffen,

aber auch hier auf der Klinik, zum Beispiel im Bereich der Anästhesiologie, haben wir, soviel ich weiß, 40 AnästhesistInnen zu wenig derzeit, weil sich einfach auch keine Leute finden, zu den Bedingungen der KAGES sich auch dort in der Weise anstellen zu lassen beziehungsweise woanders andere Angebote bekommen. Wir haben aber auch schon einiges in Graz, was sich sehen lassen kann wie zum Beispiel dieses Sozialmedizinische Zentrum in Liebenau, das ist so eine Einrichtung, die über Jahrzehnte Pionierarbeit geleistet hat und wo es ganz einfach um diese Primärversorgung geht durch interdisziplinäre Teams und in einer Zusammenarbeit über die Professionsgrenzen hinweg. Das ist die Zukunft für uns, also gute Versorgung, das heißt, solche Primärversorgungszentren verlangt ja auch die Gesundheitsreform, wo es in den Zielvereinbarungen festgeschrieben ist und das ist für uns eher der Weg, hier darüber ins Gespräch zu kommen und stärker in die Umsetzung zu gehen, als sich gegenseitig irgendwie Medienartikel zu zitieren. Deshalb ist der Abänderungsantrag in die Richtung gestellt: Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht die Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt und Gesundheit Gemeinderätin Mag.^a Astrid Schleicher, den zuständigen Landesrat Mag. Christopher Drexler zur nächsten Ausschusssitzung einzuladen, um konkrete Pläne zur Gesundheitsreform seitens des Landes vorgestellt zu erhalten. Und im Zweiten, der Gemeinderat richtet sich an den zuständigen Landesrat mit dem dringenden Ersuchen, in punkto Primärversorgungszentren umgehend und endlich tätig zu werden. Ich bitte um Annahme (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel**, MA: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind natürlich bei der Dringlichkeit dabei, denn Gesundheit ist immer ein dringliches Thema. Beim Inhalt von dir, liebe Elke, da können wir auch nicht mit, wir werden absolut mit dem Abänderungsantrag von den Grünen mitgehen, weil wesentlich ist einmal, die Verunsicherung, die in der Bevölkerung durch Zeitungsmeldungen und unreflektierte Zeitungsmeldungen verursacht wird, zu verhindern. Aber man muss ganz ehrlich sagen, dass das Festhalten nur an Krankenhausbetten sicher nicht eine Lösung ist, die zielführend und bedarfsgerecht ist. Es braucht Primärzentren, weil natürlich die niederschwellige, die multiprofessionelle

Versorgung ganz ein wesentlicher Schwerpunkt sein wird, in Zukunft noch mehr. Warum? Weil die Altersstruktur sich verändert und es für den alten Menschen absolut nicht unbedingt förderlich ist, im Krankenhaus zu sein, ich sage nur, Diagnose Demenz, Desorientierung, Sturzgefahr, also wenn es nicht unbedingt notwendig ist, ist für den alten Menschen die Versorgung im ambulanten Bereich, im niedergelassenen Bereich multiprofessionell in einem Primärzentrum das Allerbeste. Deshalb, die demographische Entwicklung ist allen bekannt, braucht es niederschwellige bedarfsorientierte Zentren und die sind für ältere Menschen im Speziellen viel, viel besser in den meisten Fällen. Und wenn man sich die Belegung anschaut, auf manchen Stationen in der KAGES sind über 80 % ältere Menschen und die KAGES hat dieses Problem auch erkannt, die KAGES hat auch deshalb ein demenzfreundliches Krankenhaus, ein Projekt in die Wege geleitet, weil es einfach nicht möglich ist, dort an Demenz erkrankte Menschen wirklich fachgerecht zu betreuen. Das ist in einem Krankenhaus nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen möglich, baulich, personell, mit Schulung usw. Und jeder unnötige Krankenhausaufenthalt trägt der semantischen Bedeutung des Wortes Krankenhaus Rechnung und ist eben nicht der Gesundheit förderlich. Wir brauchen multiprofessionelle Teams, wir brauchen bedarfsorientierte, niederschwellige Angebote und Versorgungszentren (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Kopera**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste! Es ist schon sehr viel gesagt worden und Gesundheit ist immer ein dringliches Thema und geht uns alle an. Aber, liebe Elke, wir haben im Vorfeld zur heutigen Sitzung darüber gesprochen, ob es nicht vernünftiger wäre, das Wort Spitäler durch Basis medizinische Versorgung zu ersetzen. Dann wären wir mit dem Inhalt auch mitgegangen und deshalb bin ich jetzt sehr glücklich über diesen Abänderungsantrag, der wirklich Sinn macht, weil ich bin seit mehr als 30 Jahren als Ärztin tätig, vornehmlich hier in Graz, und habe gesehen, dass nicht nur die demographische Entwicklung, die uns älter macht, sondern überhaupt das medizinische Angebot und die heutigen Möglichkeiten dazu geführt haben, dass die

Bedürfnisse ganz andere geworden sind. Und erst gestern habe ich mit Rektor Samonigg darüber gesprochen, dass an praktisch allen Kliniken und Instituten Menschen behandelt werden, die eigentlich, so wie es Gemeinderätin Haas-Wippel gesagt hat, in anderen Einrichtungen viel besser versorgt werden, weil der Krankenhausapparat dafür, für diese Bedürfnisse gar nicht unbedingt geeignet ist und in dem Zusammenhang auch viel zu teuer ist. Man könnte mit einem Belagstag, mit den Kosten für einen Belagstag am Uniklinikum locker zehn Tage in einem Center oder in einer Pflegeinstitution finanzieren und damit wäre das Geld viel besser verwendet. Es geht also nicht unbedingt um drastische Kürzungen, sondern einfach eine Umentwicklung und das ist sehr zu begrüßen, deshalb werden wir mit dem Abänderungsantrag mitgehen und wenn der Landesrat im nächsten Gesundheits- und Umweltausschuss uns darüber Auskunft gibt, dann werden wir entsprechend informiert sein und können das dann auch so weitertragen. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Liebe Kollegen, liebe Elke! Wir sind absolut der Meinung, dass eine hochwertige adäquate Gesundheitsversorgung der Grazer Bevölkerung natürlich, selbstverständlich gewährleistet sein muss und bleiben muss. Wir sprechen uns, genauso wie Mario Kunasek im Land gegen Schließungen von ganzen Spitalsstandorten aus, gegen die Ausdünnung des ländlichen Raums. Es wird aber sicher zur Setzung von Schwerpunkten kommen müssen, wie wir jetzt schon gehört haben, man denke nur an den Bereich der Pflege, da ist noch ein enormer Bedarf, der auf uns zukommt. Durch die Schließung aber ganzer Spitalsstandorte in der Steiermark würden natürlich mehr Bürger die Grazer Spitäler in Anspruch nehmen, die ja jetzt schon Kapazitätsprobleme haben und deshalb ist es sicher sehr sinnvoll, wenn wir im Gesundheitsausschuss über die geplante Reform beziehungsweise die geplanten Änderungen in Graz informiert werden und wir werden deshalb dem Abänderungsantrag zustimmen (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR.ⁱⁿ **Heinrichs:** Danke für alle Wortmeldungen, ich habe mir da jetzt einige Notizen gemacht und möchte es aber trotzdem wirklich nur ganz kurz machen, nachdem ich sehe, dass sich das inhaltlich, also die Zustimmung nicht abzeichnen lässt. Ich möchte nur, wir haben uns heute Vormittag schon unterhalten, zu dir, sehr geehrte Frau Professor, zu dir, liebe Daisy, sagen, wenn du sagst, es ändern sich die Bedürfnisse, dann wissen wir aber, da wir im großen LKH arbeiten, doch auch, dass wir große Bedürfnisse haben an nicht zu langen Wartezeiten, die aber in allen Ambulanzen also ein Trauerspiel darstellen, für diejenigen, die sich anstellen. Also das ist nur ein kleines Detail. Zu den ...Centers, die Zukunft sein werden, da sage ich jetzt zur Frau Kollegin Haas-Wippel, wir haben das im GGZ schon auch diskutiert und die Vorträge gehört, das mag sein, dass das zum Beispiel in der Demenzbehandlung eine gescheite Sache ist, aber Achtung vor diesem kapitalisierten System. Da steht, wenn man da genau hineinliest, und damit habe ich mich auch schon befasst und bin keine Finanzexpertin und durchschaue es trotzdem, da steht uns einiges bevor, wenn sich das auf alle Gebiete ausbreitet. Das SMZ ist genannt worden. Dass wir keine Gegner von sozialmedizinischen oder medizinischen Zentren sind, das, glaube ich, dürfte klar sein und dass wir ein Naheverhältnis zum SMZ Liebenau haben, glaube ich auch. Wir haben heute, da möchte ich jetzt noch einmal kurz auf das Gespräch mit dir, liebe Daisy, zurückkommen, wir haben also gesprochen von dieser Diktion, die man hätte ändern können. Gewährleistung der medizinischen Grundversorgung für Grazer und Grazerinnen beziehungsweise Bekenntnis gegen eine Verschlechterung der medizinischen Versorgung. Wenn ich mir das jetzt also bis ans Ende denke, dann sage ich, das wird dann irgendwann zu einer Minimalisierung. Ich will eine Optimierung und ein größeres Angebot, sonst müssten wir uns ja nicht auf der anderen Seite auch zum Beispiel

zusammensetzen, und so, wie wir letztes Mal einstimmig erklärt haben, uns bemühen um eine multimodale Schmerz-Tagesklinik, nicht nur Schmerzzambulanz, also wir streben einerseits diese Verbesserungen an und sagen auf der andere Seite Spitalsschließungen, warum nicht. Zum Schlusswort, jede Schließung bedeutet Abwanderung und das auch im übertragenen Sinn und daher sprechen wir uns dagegen aus. Danke für die Aufmerksamkeit im Allgemeinen (*Applaus KPÖ*).

Der Abänderungsantrag der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ) angenommen.

Stadträtin Kahr übernimmt um 16.45 Uhr den Vorsitz.

3) Unterstützung der gemeinsamen AK-Resolution wegen 1.700 Euro Mindestgehalt seitens der Stadt Graz

GR. **Luttenberger** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Luttenberger**: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste oben im Juché! Zuerst möchte ich nur einen kurzen Satz noch anhängen auf die vorhergehende Debatte. Ich musste am vergangenen Freitag meine Frau in die Aufnahme des LKH Graz West begleiten. Angekommen sind wir um halb acht Uhr in der Früh, weggegangen sind wir um drei Uhr Nachmittag, ab zehn Uhr war die Aufnahme zum Bersten voll, die Leute sind wirklich irgendwo herumgekugelt, ich sage es einmal sehr salopp und möchte aber dazusagen, das Personal war sehr freundlich,

sehr kompetent und sehr engagiert. Also ich möchte nur andeuten, es gibt immer zwei Wahrheiten, das eine ist zwar richtig, dass es sich entwickeln muss, das andere ist die Tatsache, wenn man wirklich was braucht, dann kann man oft stundenlang warten.

Jetzt komme ich zu meiner Sache. Zuerst möchte ich mich bedanken bei der SPÖ Graz und beim Philip Pacanda, ich habe überlegt, wie lege ich es an. Ich beginne eigentlich einmal mit dem dringlichen Antragstext: Die Stadt Graz unterstützt per gleich lautender Resolution das Ansinnen genannter AK-Vollversammlung an die Bundesregierung, die politischen Weichenstellungen zwecks Erreichung eines Mindestentgeltes von 1.700 Euro ehest zu tätigen. Warum beginne ich mit dem Schluss? Die Geschichte, kurz gesagt, es ist ja euch auch der Antrag beigelegt und beigelegt worden von der AK. Wir hatten am 21. April eine Kammer-Vollversammlung, wo es seit langem eine gemeinsame Resolution gegeben hat mit dem etwas flapsigen Titel „1.700 Euro Mindestentgelt“. In der Erklärung steht aber ganz genau drinnen, wie das zu handhaben ist und dass das nicht mit Urknall beginnt und alle kriegen 1.700 Euro, sondern es geht sinngemäß darum, dass manche Berufsgruppen das Entgelt schon erreicht haben, manche nicht und aus verschiedenen Gründen werden die Sozialpartner sozusagen unterstützt und aufgefordert, mit der Bundesregierung in Verhandlungen zu treten, auch über das Bundeseinigungsamt möglicherweise hier mittelfristig, ich betone mittelfristig, zu einem für die arbeitenden Menschen, für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer positiven Ergebnis zu kommen. Denn wir reden ja dauernd von man muss konsumieren, Mann/Frau muss konsumieren, also das ist alles sehr wichtig und es gibt einfach einige Berufszweige, wo wir sträflich darunter liegen. Das ist auch ein Problem der Arbeiterkammer und vom ÖGB, ihr wisst ja, ich bin ein ÖGB- und Arbeiterkammeraktivist und wir diskutieren oft darüber. Unterschrieben wurde diese Resolution an die Bundesregierung vom Fraktionsvorsitzenden der SPÖ oder von der FSG, vom Fraktionsvorsitzenden von ÖAAB-FCG, vom Fraktionsvorsitzenden von den freiheitlichen Arbeitnehmern und von der Fraktionsvorsitzenden von der Liste AUZE/UG, salopp gesagt von den Grünen. Wir

als KPÖ haben dem natürlich auch zugestimmt und der Herr Kaltenbeck Dieter als Einzelkämpfer in der Arbeiterkammer hat auch dem zugestimmt.

Worum geht es? Es geht jetzt nicht darum, dass wir innerhalb weniger Stunden in Graz einen Meinungsumschwung herbeiführen und sagen, wir wollen jetzt sofort 1.700 Euro erreichen. Es geht darum, was andere politische Gruppierungen hier im Haus auch wollen. Wir wollen Verstärker spielen, dass dieses für uns oder für die meisten oder für einige von uns doch dringliche Anliegen einfach weitertransportiert wird an die Bundesregierung. Und deswegen bedient man sich der Resolution, der Petition und dieser Dinge. Ich weiß, wie ich herumgegangen bin, ich weiß, dass es natürlich sehr kontroverse Diskussion gibt in der ÖVP Graz, auch bei der FPÖ, die Kolleginnen und Kollegen werden das sicher auch vortragen, wie sie dazu stehen. Ich denke mir auch, es könnte eine sehr knappe Abstimmung werden, ich will nicht vorgreifen, aber so Sachen, und da werde ich eigentlich nie nachgeben, die sind doch einfach wichtig für eine Stadt wie Graz, dass wir hier moralisch an bestimmte Sachen erinnern und dass wir diese Sachen auch an die Bundesregierung weiterleiten, das ist einfach eine 1 : 1-Hilfe an die Sozialpartner, die sich dafür einsetzen und gleichzeitig dient es ja auch zum Wohle der Stadt Graz. Das wollte ich einmal gesagt haben (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Schönbacher** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Kollegen, sehr geehrte Gäste! Wir haben vollstes Verständnis für dieses Anliegen und deshalb haben wir das im freiheitlichen Gemeinderatsklub auch sehr intensiv diskutiert. Feststellen möchte ich, Löhne und Gehälter werden derzeit zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern verhandelt. Herauskommen dabei sind die Kollektivverträge. Dazu muss man bemerken, kein europäisches Land, das solche Strukturen ähnlich aufweist wie wir, hat eine so hohe Dichte an Kollektivverträgen wie Österreich. Und auch kein europäisches Land hat so viele Arbeitnehmer durch Kollektivverträge erfasst wie Österreich. Wenn wir einen gesetzlich festgeschriebenen Mindestlohn wollen,

dann ist damit die Abschaffung des derzeitigen Systems, nämlich Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter, verbunden. Im Zuge dessen müssen wir dann aber auch bemerken, dass erstens die Lohnnebenkosten zu hoch sind, zweitens, dass die Lebensmittelpreise zu hoch sind und deshalb gestützt werden müssten und drittens, die hohe Arbeitslosigkeit im Land müssen wir auch bedenken. Dieser Antrag könnte die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe im europäischen Raum auch negativ beeinflussen. Ich persönlich als Unternehmerin kann diesem Antrag nicht zustimmen. Meine freiheitlichen Gemeinderatskollegen werden allerdings nach eigenem Ermessen abstimmen (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Gmeinbauer**: Liebe Stadtregierung, liebe Gemeinderatskolleginnen und -kollegen, liebe Besucher auf der Tribüne! Ja, das ist eine Diskussion zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern offensichtlich, ich bin hier jetzt auch als Arbeitgeber vertreten und kann mich Großteils nur meiner Vorrednerin anschließen. Kollektivverträge sind bis zu 95 % flächendeckend verhandelt, es gibt auch Kollektivverträge bereits, die einen Mindestlohn von 1.700 Euro erreichen. Dass das nicht für alle der Fall ist, ist natürlich bedauerlich und auch die ÖVP ist für einen Mindestlohn. Nur, lieber Herr Kollege Luttenberger, ich schätze dich sehr aber ich würde mir in dem Fall weniger Populismus wünschen und eine seriösere Herangehensweise in dieser Form, dass man vorher einmal schaut, auch im Bereich der Stadt Graz, was würde dieser Mindestlohn für unser Budget bedeuten im eigenen Haus.

Zwischenruf GR. Luttenberger: Das zahlt doch nicht die Stadt Graz, bitte.

GR.ⁱⁿ **Gmeinbauer**: Auch wir wären betroffen davon und wir müssten diese weiteren budgetären Mittel berücksichtigen. Eine Erhöhung dieses Mindestlohnes, die ausschließlich zu Lasten der Unternehmer gehen würde, bedeutet nämlich eine weitere Schwächung auch unseres Wirtschaftsstandortes Österreich. Und wenn man auf unser Nachbarland Deutschland schaut und wenn man der Meinung ist, dass die es besser machen, möchte ich es hier jetzt korrigieren, in dem Fall, dass dort der Mindestlohn pro Stunde 8.50 Euro beträgt, dass natürlich dort die steuerliche Belastung etwas geringer ist wie bei uns, aber wir zahlen 14 Monatsgehälter und in Deutschland sind es bedauerlicherweise derzeit nur zwölf Monatsgehälter, also auch da ist eigentlich ein Unterschied, wo man genauer hinschauen müsste. In diesem Zusammenhang darf ich nur mit einem Satz darauf hinweisen, dass lange ausständig ist die Transparenz-Datenbank, wie schaut es mit der Evaluierung der Mindestsicherung aus, dann würden wir uns auch mit einem fleißig, ehrlich verdienten Lohn leichter tun in der Wertschätzung. Und ich darf nur ganz kurz zu diesem Thema noch den „Standard“ zitieren aus dem Jahr 2014, wo es geheißen hat, ein gesetzlicher Mindestlohn würde vor allem den Handel belasten und da nehme ich jetzt auch die geringfügig Beschäftigten heran, die weiterhin benachteiligt bleiben würden, wenn wir jetzt nur den Mindestlohn für die Vollzeitmitarbeiterinnen und -mitarbeiter in Betracht ziehen. Dass gerade Frauen im Handel schlecht bezahlt werden, ist bekannt, andererseits sorgt das Sozialsystem mit seinen vielfältigen Leistungen dafür, dass selbst Alleinerzieherinnen mit einer Vollzeitstelle nicht unter die Armutsgrenze fallen. Problematisch wird es für Teilzeitkräfte bloß, würden die ohnehin nicht in den Genuss des vollen Mindestlohns kommen. Und daher ist aus unserer Sicht dahingehend nichts mehr hinzuzufügen und daher werden wir auch der Dringlichkeit und dem Inhalt in dieser Form nicht zustimmen. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Haßler**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lieber Kurt! Es freut mich, dass dir unsere gemeinsame Resolution in der Arbeiterkammer so gut gefallen hat, dass du sie heute hier auch wieder verstärkend einbringst. Du hast es richtig gesagt, vier Fraktionen haben es dort gemeinsam eingebracht, wir beide haben es dort auch mit unserer Zustimmung unterstützt und vor allem hat dort auch sowohl die ÖVP-Fraktion, wenn man ÖAAB und FCG so nennen kann, als auch die FPÖ-Fraktion einstimmig diesem Antrag zugestimmt. Wenn ich jetzt heute das Verhalten hier sehe, ist die FPÖ immerhin so, dass sie sich aufteilt und es gibt offensichtlich noch Gemeinderätinnen und Gemeinderäte in der FPÖ, denen Arbeitnehmerinteressen noch etwas wert sind. Bei der ÖVP scheint es so zu sein, dass die Arbeitnehmervertreter entweder nichts zum Reden haben oder mit fliegenden Fahnen untergegangen sind. Fakt ist, dass das Bild sich da so darstellt, dass der ÖVP Graz Arbeitnehmerinteressen offensichtlich ziemlich egal sind, das ist so eine salopp gemachte Kurzzusammenfassung von mir. Wenn immer ich den Wirtschaftsstandort anspreche, dann muss ich sagen, dass auch mehr Gehalt zu mehr Konsum führt und da auch die Wirtschaft ankurbelt. Wenn angesprochen wird, dass Teilzeitbeschäftigte dann einen Nachteil hätten, dann kann ich sagen, die Geringfügigkeitsgrenze kann ja auch entsprechend angepasst werden, also das ist eher ein bisschen ein fadenscheiniges Argument, das das gebracht wird und wenn ich zwischen den Tönen höre den Ansatz der ÖVP, Arbeit muss was wert sein, der Ansatz der ÖVP ist nicht, dass man die Arbeitseinkommen hebt und die Mindestsicherung lässt, wo sie ist, dann wäre der Abstand wieder größer. Der Ansatz der ÖVP ist, die Arbeitnehmer sollen bei dem bleiben, was sie haben und die Mindestsicherung soll weiter gesenkt werden. Das heißt für mich implizit, die ÖVP will die Armut, die ohnehin schon reichlich vorhanden ist, offensichtlich noch weiter ausweiten, das ist so auch ein Schluss und dafür stehen wir mit Sicherheit nicht zur Verfügung (*Applaus SPÖ*) und ich nehme an, auch die Mehrheit des Gemeinderates steht dafür nicht zur Verfügung. Stimmt, es gibt schon sehr viele oder einige Bereiche, wo der Mindestlohn mit 1.700 Euro gegeben ist, aber es gibt noch viele Bereiche oder einige Bereiche, ich nehme jetzt

eine Berufsgruppe heraus, MitarbeiterInnen bei Anwälten und Notaren, dort verdienen diese MitarbeiterInnen für 40 Wochenstunden und dann auf das Monat hochgerechnet also für Vollzeitarbeit rund 1.000 Euro brutto oder weniger und das, glaube ich, ist eine Schande für ein Land wie Österreich und das wollen wir beheben. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn die AUGE eine unabhängige Gewerkschaft ist, auch wir Grünen stehen voll hinter diesen Forderungen. Wir halten das für sehr sinnvoll, wir haben es auch vor kurzem beim Tag der Arbeitslosen medial kundgetan. Mit kommt vor, manche haben das nicht ganz genau gelesen, da steht drinnen mittelfristig. Würden wir von heute auf morgen wirklich die 1.700 fordern, da könnte man schon ein bisschen drüber diskutieren, ob das in manchen Bereichen überzogen ist, wenn man das wirklich ab morgen einführt. Mittelfristig, was immer das auch genau heißt, aber dorthin kommen müssen wir auf jeden Fall. Es ist ja einerseits nicht eine Notwendigkeit, dass man von einem Arbeitseinkommen vernünftig leben kann, das ist so quasi die Geschichte, die dahinter steht, wir haben auch noch ein ganz ein anderes Problem im Sozialbereich. Wir müssen ja mit dem sozialen Netz auch ein wenig darunter bleiben können, weil sonst heißt es immer, Leistung lohnt sich nicht. Einerseits sagt uns jetzt die ÖVP in erster Linie, wir brauchen die unteren Löhne eh nicht erhöhen, das hat ja zur Folge, dass eine Mindestsicherung oder Arbeitslose dann ganz knapp unterm Lohn ist und dann heißt es, diese Arbeit zahlt sich nicht aus. Die einzige Chance, hier vernünftige Lösungen zusammenzubekommen ist, die Mindestlöhne entsprechend raufzudrücken, Schritt für Schritt, vielleicht nicht von heute auf morgen auf 1.700, aber wirklich als ernsthaftes Ziel in absehbarer Zukunft, also nicht irgendwann, sondern schon in absehbarer Zukunft, dann haben wir den Spielraum, dass wir auch mit vernünftigen sozialen Sicherungssystemen einen Schritt darunter sein können und damit sich Leistung auch

nach wie vor lohnt. Weil das Doppelspiel, zuerst die Löhne nicht zu erhöhen und dann sagen, das zahlt sich gar nicht aus, zum Arbeiten zu gehen, das spielen wir nicht mit. Also da muss man klar sagen, ein Mindestlohn von 1.700 ist eine notwendige Voraussetzung dafür, dass wir etwas darunter mit einem entsprechenden Abstand auch noch soziale Sicherheitsnetze einfahren können, sonst wird unsere Mindestsicherung immer auf 830 stehen bleiben und da sind wir bei Werten, die zu gering sind. Zu anderen Inhalt, zur Resolution, man sieht, es ist eine Gewerkschaftsresolution, eine kleine Kritik mag ich schon anmerken. Um was geht es genau genommen? Dass man auch dort, wo Kollektivvertrag gilt, diese Regelung einführen kann. Noch wichtiger ist es dort, wo man leider Gottes keine Kollektivverträge haben, da schaut auch die Gewerkschaft nicht ganz so stark hin, ich verstehe es ein wenig, aber das Allerwichtigste waren die Bereiche, wo gar nichts gilt, dort ist es noch schlechter, es ist eh schon erwähnt worden, 1000 Euro brutto, also wir brauchen natürlich vor allem in diesen Bereichen, wo gar nichts gilt, als Allererstes einmal gesetzliche Regelungen, aber auch eine gesetzliche Vorgabe in Bereichen, wo die Gewerkschaft zu schwach ist, vernünftige Mindestlöhne einzufordern, wäre kein Fehler und in diesem Sinne volle Unterstützung für die Resolution. Danke (*Applaus Grüne*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 17.00 Uhr den Vorsitz.

GR. **Luttenberger:** Sehr geehrte Damen und Herren! Ich danke für die Wortmeldungen, ich bedanke mich aber auch bei der FPÖ und bei der ÖVP. Wie ich ja schon gesagt habe, das ist ein sehr komplexes Thema und ich gebe gerne zu oder wir geben gerne zu, wenn es jetzt darum ginge, dass die Stadt das jetzt beschließen muss für sich als Stadt Graz,

dann wäre das natürlich eine überfallsartige Aktion. Aber wir sprechen ja von einer Entwicklung, die sich schon seit vielen Jahren abzeichnet und der Kollege Wohlfahrt hat zu Recht gesagt, ganz wichtig in Österreich für das soziale Sicherheitsnetz sind die Kollektivverträge und ich glaube, ich bin da mit euch einer Meinung, die darf man nicht hinuntertun, habe ich auch nicht gehört, denn Kollektivverträge sind in Wirklichkeit auch für ein Unternehmen eines der wichtigsten Dinge, die sie haben, weil da können sie ihre Dinge berechnen, weil das ist ein berechenbarer Vertrag, wie sich zum Beispiel die Einkommen entwickeln, weil das kann man zum Beispiel beim Rohstoffeinkauf und beim Energieeinkauf nicht sagen, weil da zucken die Märkte jeden Tag irgendwie anders, einmal nach oben und einmal nach unten. Ich wollte eben auch sagen, ich habe auch gehört in der Diskussion, was willst denn, jetzt haben wir eh eine Steuerreform. Aber da möchte ich auch noch zum Schluss eines sagen, bevor wir abstimmen. Das stimmt, wir haben eine Steuerreform. Die Leute bekommen mehr Geld, aber es wurden schon ganz schöne Abstriche auch getätigt, weil da hat es einige Sonderwünsche gegeben, die will ich jetzt noch einmal extra aufführen, über Arbeitszeitverkürzung wird derzeit nicht gesprochen, über die sechste Urlaubswoche wird derzeit nicht gesprochen und was aber kommt, und über das wird nämlich auch nicht gesprochen, dass wir im Herbst wieder die kalte Progression haben, weil das wurde im Nationalrat und in der Regierung nicht weiter behandelt. Denn es hat eine Arbeitsgruppe gegeben, soweit ich das recherchiert habe, die gesagt hat, wir müssen die Steuerreform für die Leute so absichern, dass keine kalte Progression gibt, die das gleich wieder wegfrisst und heuer ist zu rechnen mit 400 Millionen Euro kalter Progression für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und nächstes Jahr mit 800 Millionen. Das möchte ich dazu sagen und das ist natürlich für den Finanzminister ein schönes Körbergeld. Also ich bedanke mich nochmals, möglicherweise wird es eine knappe oder negative Abstimmung geben, aber wir werden da am Ball bleiben, denn da geht es ja nicht nur um meine Hobbys, sondern ich glaube, es geht um ein soziales Thema und das muss man immer wieder in Erinnerung rufen. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: So schafft man Arbeitsplätze.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und Teile FPÖ) angenommen.

GR. **Haberler** zum Antrag: Hoher Gemeinderat! Ich möchte nur ganz kurz auf die Wortmeldung von der SPÖ eingehen. Das ist keinesfalls so gewesen, dass wir im Klub nicht drüber diskutiert hätten über die Arbeitnehmervertreter, aber es hat sich einfach in der Diskussion herausgestellt, dass 1.700 Euro, sprich, wenn einer 1.700 Euro verdient im Monat, das würde bedeuten...

Zwischenruf GR. Luttenberger: Brutto.

GR. **Haberler**: Ja, brutto richtig. Das bedeutet, dass ein kleiner Selbständiger, der irgendwo Rasenmähen hingeht, 27.200 Euro Gewinn machen muss. Es gibt ganz viele, die nirgendwo eine Arbeit kriegen und irgendwo arbeiten gehen, die haben alle keine, die fallen komplett durch, das sind aber Unternehmer, die müssen einen

Selbstbehalt zahlen bei der SVA, wenn sie krank werden oder sich den Fuß abhacken, dann fallen sie komplett durch, die kriegen kein Arbeitslosengeld.

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Katholnig: Die haben alle eine Ausfallsversicherung.

GR. **Haberler:** Nein, die können sich das nicht leisten und es ist ein Wahnsinn, ich kenne so viele Kleinstunternehmer, die davon träumen, dass sie so viel Geld verdienen wollen und die fallen komplett durch. Also man muss die Kirche im Dorf lassen. Der Antrag ist toll und richtig auf einem gewissen Grad, aber so in dieser Form ist er nicht tragbar (*Applaus ÖVP*).

StR.ⁱⁿ **Rücker:** Ich finde das total interessant, dass so alte Polaritäten da so plötzlich wieder aufbrechen. Herr Gemeinderat Haberler, niemand sagt hier, dass Kleinstunternehmer deswegen schlechter gestellt gehören...

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Sind sie ja.

StR.ⁱⁿ **Rücker**: ...sondern es ist von allen, nehme ich an, das Anliegen, auch Kleinstunternehmer besser zu stellen. Aber was ich nicht verstehe bei der Argumentation der ÖVP ist, bei einem Mindestlohn, wenn es immer darum geht um Wirtschaftskraft, Wirtschaftsleistung, dann reden wir bitte auch von Kaufkraft. Wenn Einkommen wie seit Jahren in Österreich stagnieren und gerade im unteren Bereich absolut abseits von dem sich entwickeln, was die Lebenshaltungskosten sind, dann darf man sich nicht wundern, dass die Menschen zu wenig Geld im Geldbörsel haben, das heißt, von der Wirtschaftsseite das so zu argumentieren, kann ich nicht nachvollziehen, wenn ihr nach wie vor orientiert seid daran, dass die...

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Wer zahlt es?

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Ja, dann reden wir über die Vermögenssteuer, dann reden wir über eine andere Besteuerung endlich (*Applaus Grüne*), reden wir endlich einmal davon, dass wir nicht nur die Lohn Einkommen besteuern, wie in Österreich...

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Das sind Utopien, wer soll das zahlen?

StR.ⁱⁿ **Rücker**: ...ausnahmsweise zu allen europäischen Staaten nach wie vor das Vermögen unangetastet bleibt. Reden wir darüber, dann reden wir über mehr Kaufkraft und dann reden wir auch über ein besseres Einkommen bei denen, die davon leben, dass sie was den Leuten verkaufen müssen (*Applaus KPÖ, SPÖ und Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren! Manche, die mit so viel Freude und mit so viel Juhu in eine Diskussion hineingehen, sollen auch versuchen zu differenzieren. Es gibt nicht allzu viele, die hier herinnen im Gemeinderatsaal sitzen und ein Unternehmen führen. Und ich kenne eine große Anzahl von Unternehmerinnen und Unternehmern, von jungen Leuten, die mit Startups versuchen, Arbeitsplätze zu schaffen oder selbst durchzukommen. Der Wunschtraum, dass jeder Mensch viel verdient, den haben wir auch in uns. Ich habe bei meinem Vater in jungen Jahren gelernt genau das, was die Frau Stadträtin jetzt gesagt hat, schau, dass die Leute gut verdienen, sonst beißt sich die Katze berühmterweise hier in den Schwanz, weil die Menschen, wenn sie nicht genügend Einkommen haben, auch de facto nicht einkaufen können oder kein Geld und damit keinen Konsum hervorrufen können. Aber wir müssen in Österreich, und deswegen habe ich mit den ganzen dringlichen Anträgen, wo wir die Welt retten wollen oder in der Republik Aufgaben übernehmen, die eigentlich andere lösen sollten, keine große Freude und wir differenzieren viel zu selten zwischen den wenigen großen internationalen Konzernen, denen in punkto Steuerflucht, in punkto Regelungen endlich, wenn ich so sagen darf, einmal deutliche Regeln vorgegeben werden und jenen, die es irgendwie schaffen müssen...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Moment, wir reden... weil es gleich heißt, ja dann brauchen wir wieder Steuern. Ich kann Ihnen sagen, wenn wir da nicht differenzieren, werden wir einen Großteil des mittelständischen Unternehmertums langsam aber sicher ausradieren

und die waren und sind das Rückgrat einer Wirtschaft. Und dieser 1.700 –Euro-Mindestlohn, an dem arbeiten wir eh, weil wir versuchen ununterbrochen mitzuhelfen, aber das geht nicht so mit das sind die Guten und das sind die Bösen und die Volkspartei will keinen Mindestlohn von 1.700, nein, ich muss nur auch, wenn ich so sagen darf, jene Kreise mitvertreten, die kaum in der Lage sind, diese 1.700 zustande zu bringen für alle Mitarbeiter. Was bedeutet denn zum Schluss, wenn du ein kleiner Unternehmer bist und auf einmal allen, wenn du fünf oder zehn Mitarbeiter hast, die normale Steigerung plus die 1.700 zahlen musst, das bedeutet dann letzten Endes, dass einer davon wieder gehen muss. Weil es gar nicht anders geht, ich bin ein Unternehmer, ich weiß, was das heißt. Ich würde gerne haben, dass alle Menschen unglaublich gut verdienen. Aber wir müssen, wenn du über einen Verdienst sprichst, auch noch über eine Leistungserstellung reden und da möchte ich dann schon dazusagen, dass wir in dem lieben und schönen und von uns allen heiß geliebten Land Österreich in einem Land leben, wo manche extrem gefordert sind, manche viel zu wenig Stunden haben, um überhaupt noch ein Auskommen zu haben, weil das sind ja die, wo man dann mit der Mindestsicherung jetzt schön langsam nicht mehr weiß, was man tun soll. Deswegen brauchen wir da eine gesamte Neuregelung. Aber jetzt zu sagen, mein, seid ihr böse von der ÖVP, weil wir auch Wirtschaftstreibende zu vertreten haben, die sagen, ja bitte, wo soll ich denn das noch hernehmen, ich kann nur mehr zusperren oder Leute entlassen und das will oder kann ich oft gar nicht mehr, weil es oft Betriebsgrößen gibt, wo du alles schon selber machen musst fast und drinnen stehen musst und über die reden wir viel zu selten. Im Verhältnis zu jenen Großkonzernen, die all das tun, da habt ihr dann, wenn ich so sagen darf, auch auf der linken Seite dieses Staates Recht, wo man einfach sagt, wie das unser damaliger Vizekanzler schon längst eingefordert hat, der damals gesagt hat, wo sind die Finanztransaktionssteuern, wo sind die mit den Steuergeldern alle verschwunden sind und jetzt wir draufkommen, dass von Panama hunderttausende Briefkastenfirmen gibt, wo man die Menschen um das Geld bringt. Und diese Differenzierung um die bitte ich, weil sonst schaut es wieder so aus, da haben wir einen Esel, den wir prügeln

können, in Wahrheit ist das ein viel diffizileres Thema und dass die Arbeiterkammer dafür kämpft, ist in Ordnung. Ich würde mir nur wünschen, dass wir da herinnen jetzt nicht Arbeiterkammeranträge unterstützen ausschließlich, sondern dass die Arbeiterkammer mit ihren Vertretern gemeinsam mit den Wirtschaftsvertretern in sozialpartnerschaftlicher Weise die Löhne ausverhandelt, die die jeweilige Gruppierung auch wirklich vertreten kann. Ich sage es als Unternehmer im Handel, dem Handel geht es nicht gut, der hat im Übrigen auch noch nie irgendwo Förderungen bekommen im Gegensatz zu vielen anderen Branchen, kenne ich kaum, also ich zumindest wüsste nicht, wie oder was. Wenn du dir anschaust, dass es jedes Mal heißt, so die Industrieabschlüsse sind die wichtigen Abschlüsse, für alle Übrigen, denke ich mir dann auch immer, auch da wird nicht mehr differenziert. Also grosso modo wollte ich das jetzt nur einmal sagen, weil das jetzt so geklungen hat, diese bösen ÖVPLer, wir denken auch an sehr, sehr viele Mittelständler, die sagen, ich wüsste nicht mehr, wie es geht. Wenn wir es zusammenbringen, und das sollten wir vielleicht einmal tun, in einem europäischen oder zumindest in einem nationalen Programm dafür zu sorgen, dass wir jene Einnahmen, die wir aus diesen Großkonzernen hereinkriegen, jenen Menschen, die mit Mindestsicherungen, mit Kleinstpensionen oder aber auch mit sehr geringem Geld zukommen lassen und dann nicht wieder generell drüberstreuen über alle Gehälter, die dann wieder steigen müssen, dann können wir dem Stück schon oder dann könnten wir einem solchen Stück schon viel eher zustimmen als zu sagen, das ist es jetzt. Das wollte ich da nur noch einbringen. Ich sage es da auch als Unternehmer, der ich nebenbei sein darf, weil ich persönlich haftender Gesellschafter meines Unternehmens bin, bei der GmbH dürfte ich das als Bürgermeister sowieso nicht und ich meine 23. Bilanz auch abgegeben habe und ich mir wünschen würde, dass alle meine Mitarbeiter motiviert und glücklich und mit genug Geld ausgestattet auch leben können. Und diese 1.700 Euro Mindestlohn müssen wir uns halt auch in der Republik einmal ganz genau anschauen und es haben viele Recht, die sagen, wieso haben wir dauernd diese 20/30/35-Stunden-Jobs etc.? Und auch da möchte ich sagen, es gibt viele, die sie wollen, es heißt aber nicht automatisch, und das möchte ich auch

dazusagen, das ist auch so eine Regelung, tun wir die Überstunden weg, dann haben so viele andere einen Job, das wäre sehr solidarisch. Ich kenne aber auch sehr viele Dienstnehmer und Dienstnehmerinnen, die sagen, Gott sei Dank kann ich Überstunden machen, die hätte ich auch gerne. Noch einmal, du musst es nur irgendwo auch verdienen und hereinbekommen und du musst auch irgendwann einmal sagen, wieviel Urlaub hat denn der Rest der Welt, wir haben ja einen Mitbewerb zu bestehen, wieviel Urlaub hat der Rest der Welt? Wieso klingelt bei mir am Freitag das Telefon sehr, sehr selten und von Montag bis Mittwoch ununterbrochen, weil man halt auch unter der Woche, wenn ich so sagen darf, einen Leistungsabfall zum Teil haben, das ist unglaublich und das gehört alles mithinein. Es wird so schwarz/weiß gezeichnet und ich bitte, dass wir das nicht...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Noch einmal, wir sind nicht nur eines der produktivsten Länder der Welt, wir sind auch eines der höchst besteuerten Länder dieser Welt. Aber nicht bei den internationalen Konzernen, und der Ruf war halt gleich wieder, dann tun wir Steuern erhöhen, dann kriegen wir es. Auch da gehört differenziert vorgegangen, da gibt es vieles zu tun, was der Bund zu tun hätte, was die Europäische Union zu tun hätte und wo man weltweit vielleicht auch einmal zu einer Solidarität käme. Aber die Diskussion ist ja gut. Ich möchte nur sagen, ich sehe es differenzierter und nicht so schwarz/weiß, wie es da momentan gerade vor meinen Augen abgegangen ist (*Applaus ÖVP*).

GR. **Grossmann**: Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mit einer Vorbemerkung beginnen, die nicht unbedingt zur Wortmeldung

dazugehört. Aber in der Beobachtung würde ich sagen, dass das Ende sozusagen der politischen Laufbahn im Auge zu haben, befeuert scheinbar unsere Frau Kulturstadträtin besonders in der Debatte. Du bist, seit du gesagt hast, du wirst nicht weitermachen, viel angrieffiger geworden und in deinen Wortmeldungen wesentlich pointierter. Aber zum Thema selbst zurückkommend, also es gibt scheinbar eine sehr große intensive Diskussion darüber, ich glaube, der Herr Bürgermeister hat ein paar wichtige Argumente miteingebracht, nämlich, dass es notwendig ist, auch eine differenzierte Sicht der Dinge zu sehen und ich glaube, dass das in gewerkschaftlichen Kreisen und in der Sozialpartnerschaft ja ohnehin eine Weisheit ist, die alle wissen, dass wir gemeinsam sozusagen an einem Ziel arbeiten und nur gemeinsam auch da sicherstellen können, was wir in der Politik auch als Verantwortung haben, nämlich Beschäftigung in Österreich zu haben, ein entsprechendes Einkommen in Österreich zu haben, damit die entsprechende Kaufkraft zu haben und nachhaltig den Wirtschaftsstandort damit absichern zu können. Und ich glaube, die Unterscheidung zwischen den Großkonzernen und jenen mittelständischen und kleinen Unternehmen, die im Wesentlichen in erster Linie Beschäftigung zur Verfügung stellen und für die Sicherung auch der Arbeitsplätze in Österreich Sorge tragen und damit auch in unserer Stadt ist eine ganz wesentliche. Ich darf mich daran erinnern, dass wir, glaube ich, eine ganz große Dummheit, und da war meine Partei genauso dabei wie auch die ÖVP, beschlossen haben in der Steuergesetzgebung, als wir geglaubt haben, dass die Gruppenbesteuerung, also die Absetzung von Verlusten sozusagen im Ausland in die Gegenverrechnung gegen Gewinne in Österreich beschlossen haben, das ist eine der ganz großen Dummheiten der Steuerpolitik gewesen und ich glaube, dass wir viel stärker uns hin orientieren müssen, wirklich hier die Unterscheidung vorzunehmen, aber ein Aspekt erscheint mir, ohne die Debatte in die Länge ziehen zu wollen, noch wesentlich. Eine entsprechende Verdienstgrenze, ein Mindesteinkommen, ein möglichst hohes Einkommen während der Lebensarbeitszeit sichert natürlich auch Pensionen und wir sind heute mit der Tatsache konfrontiert, dass wir auf eine Zeit zugehen, wo wir eine enorme Altersarmut als Bedrohung vor uns stehen haben, weil

durch prekäre Arbeitsverhältnisse, nicht volle Ausnutzung sozusagen von Stundenkapazitäten, Minderbeschäftigungen, aber auch schlechte Einkommenssituationen in Zukunft mit den Reformen, die wir im Pensionsbereich gemacht haben, konfrontiert sein werden, dass die Pensionshöhen unter der Mindestsicherungsgrenze angelangt sind. Heute schon sind wir damit konfrontiert. Also ich denke, das ist ein Aspekt, den man mitbedenken müssen und es muss in unserer politischen Verantwortung wichtig sein, dass wir auch alles dazu tun, dass eine lebensgerechte Altersversorgung und Pensionshöhen, von denen man tatsächlich leben kann, auch in Aussicht genommen werden. Ich darf das noch bitten, in die Debatte und in die Diskussion und Überlegung miteinzubeziehen. Dankeschön (*Applaus KPÖ und SPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Schönbacher**: Wenn ich mir die Debatte da so anhöre, dann kommt mir das so vor, als wäre der Unternehmer der Feind. Ich möchte schon einmal zu bedenken geben, dass durch die Steuerleistung die die Unternehmer auch aufbringen auch der Staat miterhalten wird und nicht der Feind ist zum ersten. Zweitens, wir haben schon ein sehr recht hohes Lohnniveau, wir haben hohe Arbeitnehmerrechte und wir haben eine sehr hohe Abgabepflicht und wenn ich jetzt drüber nachdenke, dass wir die Ostöffnung haben, die das nämlich nicht haben, dann bedeutet das, dass sehr viele von unseren Unternehmen nicht wettbewerbsfähig sind dadurch. Das möchte ich nämlich wirklich zu bedenken geben (*Applaus FPÖ*).

GR. **Haberler**: Ich möchte eine Geschichte erzählen, die mich sehr bewegt hat. Ich bin immer wieder in Betrieben unterwegs, ich bin selber ein kleiner Unternehmer und es ist sehr traurig, wenn Arbeitnehmer zu mir herkommen und sich bei mir ausweinen, der war ganz fertig, weil er sagt, ich bin 56, ich kriege keinen Job mehr und ich würde mit 1.400 Euro, oder 1.200 Euro, ich möchte einfach nur arbeiten gehen, aber diese Firma, und das sind leider mehrere, weil in den Branchen Schlosserei wie die

Schwammerl gehen die ein, wenn zu wenig Regen ist und die können nicht mehr wettbewerbsfähig sein, weil sie nicht mehr investieren können die Unternehmer in vernünftige Maschinen und die Maschinen... und jetzt die gehen teilweise runter nach Rumänien und wohin auch immer, weil sie da unten so billige Arbeitskräfte haben, kaufen dort Maschinen und wir haben ein Problem durch das, dass die Unternehmer immer weniger Geld haben zum Reinvestieren, sie können die Löhne nicht mehr zahlen, die weinen sich aus und wenn ich jetzt noch weiter gehe und da in die Stadt bei uns schaue und zu jedem Wirt hingehe, dann möchte ich einen Wirt sehen, der 1.700 Euro verdient, da gibt es nur eine Hand voll.

GR. **Luttenberger**: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich muss wirklich sagen, mich hat jetzt doch die kurze aber intensive Diskussion beeindruckt und ich nehme zur Kenntnis und es ist ja die Wahrheit, es gibt viele Wahrheiten und wir sind ja die Letzten, die abstreiten, dass ein Kleinunternehmen, ein Mittelunternehmen, dass die keine Probleme haben. Ich habe ja selber in unserem Bekanntenkreis Kleinunternehmer, die sagen, mich fressen die Lohnnebenkosten dieses und jenes, aber ich muss dann wirklich sagen, vielleicht wären diese Klein- und Kleinstunternehmen besser in der Arbeiterkammer aufgehoben und nicht in der Wirtschaftskammer, ich kriege ja auch diese Beschwerden (*Applaus KPÖ und Grüne*). Natürlich, wenn es um Anhebung des Mindestlohnes geht, zielen wir hauptsächlich im Verhandlungswege auf die großen Konzerne. Und ich möchte nochmals betonen, weil das geht jetzt immer verloren. Zwei Sachen möchte ich betonen, in dieser Resolution der Arbeiterkammer steht drinnen mittelfristig, nicht morgen, mittelfristig, aber man muss wirklich seriös, ernsthaft und ehrlich zu verhandeln und zu reden beginnen. Haben ja auch viele Vorrednerinnen und Vorredner gesagt. Also das ist für mich also wirklich einer der ganz wichtigen Punkte. Ganz zum Schluss bitte an die ÖVP ein Appell, ich kann nur sagen, als kleine Partei oder als kleinere Partei haben wir natürlich einen Vorteil, wir reden immer regelmäßig mit

unseren Gewerkschaftsfraktionen und Ablegern und ich ersuche auch die ÖVP Graz, dass sie mit dem ÖAAB Graz redet. Denn eines muss ich schon sagen,...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Luttenberger**: Das ist ein Grundproblem, die Arbeiterkammer macht gute Sachen und wir zumindest transportieren viele Dinge der Stadt Graz auch in die Arbeiterkammer, dass es verstärkt wird und dass es weitergeleitet wird und das wollte ich eben sagen. Und deswegen halte ich es auch für wichtig, wir reden von einer Petition an die Bundesregierung, wo man schlicht und einfach nur sagt, das ist nicht schlecht, was die Arbeiterkammer da gemeinsam beantragt hat, das unterstützen wir als zweitgrößte Stadt, also das muss ich auch einmal sagen und da bricht jetzt nicht gleich der Weltuntergang aus und das Abendland geht auch nicht unter.

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Gmeinbauer: Aber nicht gleich mit 1.700 Euro, lasse den Betrag weg.

GR. **Luttenberger**: Das wollte ich gesagt haben, also danke für das Schlusswort und Glückauf (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ursprüngliche Grüße in der Steiermark, Glückauf wurde ja mit Gott geb's hintendrein noch erweitert. Ich wünsche mir ja auch, dass der Herrgott mithilft, dass wir das alles mittelfristig zustande bekommen. Wieso nicht 1.800, wäre jetzt noch eine Gegenfrage, sondern 1.700 oder 2.000, wer bietet mehr? Ich glaube es, geht um die Balance, wenn da ein Betrag weggelassen worden wäre, wäre es vielleicht leichter gewesen als jetzt....

Zwischenruf GR. Luttenberger: Das haben wir schon alles gehabt.

Bgm. Mag. **Nagl**: Habt ihr gehabt, dann lasse ich es.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und Teile der FPÖ) angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Damit ist der Antrag durchgegangen, wir werden die Petition an die Bundesregierung schreiben (*Applaus KPÖ*).

Jetzt darf ich auf der ZuhörerInnengalerie eine große Anzahl von ehemaligen Mandatarinnen und Mandataren des Gemeinderates herzlich willkommen heißen, wir haben heute als ÖVP auch unsere ehemaligen Kolleginnen und Kollegen, die hier gewirkt haben und mit der Stadt stark in Verbindung waren und sind, eingeladen, schön, dass ihr da seid. Herzlich willkommen (*allgemeiner Applaus*).

4) Transparente und leistbare Kontoführungspakete

GR. **Grossmann** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Grossmann**: Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Bürgermeister, hohe Stadtregierung, hoher Gemeinderat, liebe Ex-Mandatarinnen und Ex-Mandatare auf der BesucherInnentribüne! Wir sind schon wieder bei einer Petition. Ich weiß, der Herr Bürgermeister wird keine große Freude damit haben, hat er gerade gesagt, er würde sich wünschen, wir würden weniger Petitionen haben. Ich denke, dass wir hier ein Thema anzusprechen haben, das wichtig ist und ganz entscheidend ist. Es liegt euch ja der dringliche Antrag vor, ich verzichte darauf, den Motivenbericht im Detail zu verlesen, weil er ohnehin vorliegt und von euch allen nachgelesen werden kann. Versuche nur, kurz zusammenzufassen, warum dieser Antrag und warum erscheint es uns wichtig zu sein und warum darf ich auch um eure entsprechende Zustimmung bitten. Jüngste Debatte, Diskussion, es liegt auf dem Tisch die Idee, auch für die Behebung über Bankomatkarte von jedem Konto eine Gebühr einzuheben. Ist bereits diskutiert, der Herr Finanzminister war bereits so freundlich und hat Gespräche aufgenommen mit den Vertreterinnen und Vertretern der Bankinstitute. Und jetzt ist diese Fragestellung wirklich eine, die nahezu jede Grazerin und jeden Grazer so wie natürlich auch alle anderen in Österreich lebenden ein Konto besitzenden Menschen betrifft und deshalb denke ich, ist es auch notwendig, das wir uns hier im Grazer Gemeinderat mit dieser Frage ein Stück näher befassen und ein bisschen besser hinschauen. Und ich denke, es kann nicht nur in dieser Debatte darum gehen, dass wir jetzt die Frage stellen, darf es eine Bankomatbehebungsgebühr geben oder nicht, sondern wir müssen uns grundsätzlich mit der Fragestellung auseinandersetzen, ist es überhaupt noch möglich, gezwungenermaßen müssen wir ja ein Konto haben, Lohn-,

Gehaltskonto wird gefordert, die Dienstgeberinnen und Dienstgeber verlangen, pensionsauszahlende Stellen verlangen die Einrichtung eines Kontos, die Überweisung von Betriebskosten, von Mieten, von sonstigen Zahlungen ist in Wahrheit nur mehr über ein Konto möglich. Es ist schon keine freiwillige Entscheidung mehr, die man trifft, ob man ein Girokonto unterhält, sondern man unterhält es gezwungenermaßen. Und jetzt ist es schon für Expertinnen und Experten, der jüngste Arbeiterkammerbericht zeigt uns, das auch schwierig, einen Vergleich bei den unterschiedlichen Spesen und Gebühren und Verrechnungsmodalitäten und Nachlässen und Zuschlägen zu haben. Wenn ihr auf der ersten Seite nachlest, wie viele Gebühren man da nur beim schnellen Nachdenken bereits finden kann, für Expertinnen und Experten schon fast unmöglich, hier einen Vergleich herzustellen. Aber für Menschen, die sich nicht so im Detail damit beschäftigen können, ist es gänzlich unmöglich, weil es intransparent ist. Und deshalb denke ich, nehmen wir die Debatte zum Anlass, um grundsätzlich dort hinzuschauen und etwas zu tun, was, glaube ich, längst notwendig ist, nämlich die Forderung aufzustellen, dass Bankinstitute transparente, nachvollziehbare, leistbare Kontopakete anbieten und ich darf also hier berichten, ich war zum Beginn der Gemeinderatssitzung deshalb nicht hier, weil wir Seniorenbeiratssitzung beim Land Steiermark hatten und die haben dieses Thema auch im SeniorInnenbeirat des Landes Steiermark eingebracht und gemeinsam mit dem Seniorenbund hier auch diese Punkte beschlossen und da geht es sogar noch weiter, dass man darüber nachdenken sollte, dass für Pensionistinnen und Pensionisten insbesondere die Kontoführung schon zu einem wesentlichen Kostenfaktor geworden ist und dass es Bestrebungen geben sollte, hier auch im Verhandlungswege dafür Sorge zu tragen, dass bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze Kontoführung grundsätzlich kostenlos zur Verfügung gestellt wird. Also so weit geht die Forderung, so weit sind wir hier in meinem Antrag nicht gegangen.

Ich darf also deshalb namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

d r i n g l i c h e n A n t r a g

einbringen: Die Stadt Graz möge im Petitionswege an die Bundesregierung und den österreichischen Bundesgesetzgeber herantreten und folgende Maßnahmen einfordern:

Die bereits begonnenen Gespräche zwischen dem Herrn Finanzminister und BankenvertreterInnen sind mit der klaren Zielformulierung zu intensivieren, transparente, nachvollziehbare und leistbare Kontoführungspakete zu erarbeiten, einheitliche und vergleichbare Angebote zu vereinbaren und von jeglicher zusätzlicher Vergebührung von Banktransaktionen, insbesondere einer Bankomatbehebungsgebühr, abzusehen. Und als zweiten Punkt: Sollten diese Verhandlungen, was wir alle hoffen, dass sie positiv sind, aber sollten diese Verhandlungen scheitern, ist die Bundesregierung aufgefordert, dem Nationalrat einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der oben angeführte Ziele in den Rahmen eines bindenden Gebührengesetzes für Bankdienstleistungen gießt.

Ich bitte um Zustimmung (*Applaus SPÖ*).

GR. **Luttenberger** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Gleich zwei Auftritte innerhalb kurzer Zeit. Wir stimmen seitens der KPÖ der Dringlichkeit selbstverständlich zu, Michael, denn das ist ja ein Punkt, der auch uns seit langem schon auch im Gemeinderat herumtreibt. Wir haben ja voriges Jahr im Juni einen Antrag gestellt, wenn ich mich erinnern kann, ist er sogar mehrheitlich durchgegangen, wo es darum geht, dass es eine gesetzliche Grenze von Überziehungszinsen gibt ungefähr von fünf Prozent. Und bevor ich mich da heute vorbereitet habe, habe ich den „Standard“ durchgearbeitet, Arbeiterkammer Oberösterreich sagt, Kontospesen pro Jahr im Durchschnitt 108 Euro und im Jahr 2014 haben sich die Banken ein Körbergeld von 20 Millionen Euro plus Kontospesen verdient zu den Spesen, die sie eh schon haben. Und es ist irgendwie ärgerlich, das

muss ich euch schon sagen, denn wir haben in Österreich ein Bankensystem, da gibt es einen Teil der Banken, die sind entweder marod, pleite oder halb illiquid, die tun wir mit unseren Steuermitteln stützen, dann gibt es an und für sich „gesunde“, Anführungszeichen, Banken, die geben aber keine Zinsen. In Wirklichkeit haben die meisten von uns, die ein Konto haben, Jahr für Jahr eigentlich immer weniger Geld am Konto, weil es Negativzinsen gibt. Und wehe du brauchst einen Kredit, weil dann schlägt gleich Basel III zu, da musst wirklich einen Seelenstriptease machen bis zum geht nicht mehr und gleichzeitig können sich die Banken vom Herrn Draghi von der Europäischen Zentralbank, wenn sie auf Knopfdruck oder auf Knopfdruck und auf Anruf, können sie sich jede Menge Kredite holen, also das ist in Wirklichkeit alles ein schlechter Witz und darum ist es so wichtig, dass wir versuchen, diese Dringlichkeit und auch den Inhalt eures Antrages hier zu unterstützen. Wir hätten allerdings als KPÖ einen Vorschlag, nämlich einen Zusatzantrag, nämlich einen Punkt drei einzufügen: Weiters wird die Einführung einer gesetzlichen Begrenzung der Überziehungszinsen vom Girokonto gefordert. Diese sollen nur um fünf Prozent über dem Zentralbanksatz liegen dürfen. Also das wäre unsere Bitte, das mitzuüberlegen und ansonsten alles Gute, dass er durchgeht (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. Dr. **Wohlfahrt** zum Antrag: Werte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein wichtiger Antrag, wir unterstützen ihn auch, wir haben es eh schon an der Dringlichkeit gesehen. Ich hätte, ich stelle keinen Zusatzantrag, aber ich glaube, was wichtig ist, in dem Bereich mitzubedenken ist, es gibt auch Personen, die überhaupt keinen Zugang zu einem Konto haben und das ist ein Bereich, der hier eigentlich auch sehr wichtig mitgedacht gehört, weil einerseits die Preisregelung beim Konto ist ein

Gegenstand des Antrages, die wirklich Armen oder die wirklich am Rande der Gesellschaft stehen, kriegen überhaupt kein Konto derzeit und das ist extrem schwierig, weil du kriegst auch keinen Job ohne Gehaltskonto und dergleichen und da gibt es die Idee „der zweiten Bank“, wir brauchen auch gesetzliche Regelung auf einen Anspruch auf ein Konto. Ich glaube, das wäre noch gut irgendwie dazuzudenken, aber mitzumachen, aber ich glaube, inhaltlich renne ich eh offene Türen ein, aber ich wollte es nur anmerken, dass man das nicht vergisst. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Rajakovics**: Du hast Recht, es ist eine Petition, die wahrscheinlich nicht allzu viel bewirken wird, aber es ist in dem Fall der Grund, dass wir mitstimmen, weil genau das, was der Klubobmann der Grünen jetzt gerade angesprochen hat, weil es ja die Voraussetzung ist, dass jemand arbeiten kann in Österreich, dass er ein Konto hat. Und dass man sich da bedient, nämlich zum Teil wirklich unmäßig bedient, ist eine Sache, der eigentlich ein Riegel vorgeschoben gehört. Zur „zweiten Sparkasse“ wollte ich nur sagen, also es gibt ja dieses Modell, wo die Stadt Graz eh beteiligt ist daran über das Sozialamt, wo in erster Linie mit ehrenamtlichen Mitarbeitern, meist Pensionisten der Sparkasse, eigentlich jeder ein Konto bekommen sollte. Es würde mich wundern, man braucht eigentlich nur zum Sozialamt gehen oder zu seinem Sozialarbeiter, dann bekommt man den entsprechenden Schrieb und damit kann man dann bei der „zweiten Sparkasse“ ein Konto eröffnen und kann so auch einen Arbeitsplatz wieder bekommen. Also diese Möglichkeit gibt es inzwischen schon. Wir werden dem Antrag zustimmen, wir werden nicht dem Antrag jetzt zustimmen von dir, dem zusätzlichen Punkt, einfach deshalb, weil ich mir denke, dass man den Banken einen Riegel vorschiebt generell, dass bei Dingen, die unbedingt benötigt werden, nämlich ein Konto, einfach ordentlich abkassiert wird, da bin ich ganz bei dir und da denke ich mir auch, da haben sie ein bisschen eine Haifischmentalität in manchen Instituten, aber wenn jemand ein Konto abschließt, dann ist es schon seine Sache, mit der Bank

auszuverhandeln, wie viel er an Zinsen zahlt, ob er Zinsen zahlt oder ob er sein Konto einfach nicht überzieht. Also das ist wieder aus unserer Sicht eine Bevormundung, die wir eigentlich einem selbständigen und mit allen Sinnen ausgestatteten Menschen, der sich ein Konto anlegt, eigentlich zubilligen, dass er das selber ausverhandelt. Danke (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Hoher Gemeinderat! Eine Geschichte möchte ich da hinzufügen, ich glaube, wir haben es in allen Bereichen mittlerweile so, ob man den Strom beziehen, ob wir im Mobilbereich unterwegs sind, dass da transparente und faire Bedingungen hergehören, wird von uns ja unterstützt. Was mir halt auch aufgefallen ist und was mir manches Mal wirklich auch sauer aufstößt, ist der Umstand, dass jedes Jahr auch so ein Wettbewerb von Pressekonferenzen von Bankinstituten dann einmal jährlich da ist, wo dargestellt wird, welche Supergewinne wieder geschafft worden sind und wenn ich dann in die einzelnen Bankinstitute hineingehe, mich in Maschinenräumen wiederfinde und in denen im Übrigen viele ältere Menschen sich schon sehr schwer tun, und auch jährlich ununterbrochen Menschen im Bankenbereich abgebaut werden. Also auch da ist es interessant, es sind nicht nur die Spesen gestiegen und so mancher, wenn ich so sagen darf, auch Gewinn damit gemacht worden, sondern es ist auf der anderen Seite leider zeitgleich auch Mannschaft und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter reduziert worden und die Arbeit haben wir selber gemacht, wenn ich so sagen darf. Weil jetzt sitzen wir dann alle zuhause vor dem Bildschirm und buchen selbst auf unseren Konten und dafür gibt es dann jährlich höhere Spesen. Also da passt auch etwas nicht zusammen und das sollte man auch einmal mit den Banken debattieren, weil es gibt auch einen Urauftrag, der da lautet, Wirtschaften ist kein Selbstzweck, sondern Wirtschaft muss der Gesellschaft dienen.

GR. **Grossmann**: Danke, Herr Bürgermeister, auch für die Ergänzung. Liebe Kollegen, danke für Ihre Einwendungen, zum Gerhard möchte ich nur sagen, wenn man der

Berichterstattung Glauben schenken darf und das tue ich, hat sich erst in den letzten 14 Tagen der Nationalrat mit genau dieser Fragestellung auseinandergesetzt und hat auch ein sogenanntes Basiskonto, wenn ich richtig informiert bin, bereits beschlossen, das also jeder Mensch, ob er jetzt ganz egal über ein hohes, niedriges, gar kein Einkommen verfügt, einen Zugang zu einem Konto haben muss und ich denke, das Modell der „zweiten Sparkasse“ ist sowieso ein richtungsweisendes und da dürfen wir sehr dankbar sein, dass wir das in unserer Stadt haben. Und das zeigt, wie wichtig das ist. Danke euch allen für die Unterstützung und freue mich sehr, dass der Antrag aller Voraussicht nach eine ganz, ganz breite Mehrheit haben wird. Dankeschön (*Applaus SPÖ, KPÖ und Grüne*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Es gibt auch einen Zusatzantrag, ist der gestellt worden? Kommt vom Kollegen Luttenberger: Der Antragstext möge um folgenden Punkt drei ergänzt werden: Weiters wird die Einführung einer gesetzlichen Begrenzung der Überziehungszinsen von Girokonten gefordert, die sollten nur um fünf Prozent über dem Zentralbanksatz liegen dürfen.

Der Zusatzantrag der KPÖ wurde mit Mehrheit angenommen.

5) Kommunale Initiative zur besseren Mülltrennung in Siedlungen

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer**: Sehr geehrte Damen und Herren, werte Besucherinnen und Besucher auf der Galerie! Ich darf heute hier einen Antrag stellen, der ein kommunales Thema zum Inhalt hat. Das können wir heute auch in unserer eigenen Kompetenz regeln. Eine Ideengeberin für diesen Antrag möchte ich auch sehr herzlich begrüßen, die ■■■ aus der Unteren Bahnstraße, weil es auch gute und vorzeigbare Projekte gibt. Warum bin ich auf dieses Thema gekommen? Wir sind als Gesellschaft erzogen worden in den letzten 20 Jahren, Abfall zu trennen, also im Endeffekt müsste es jedem in Fleisch und Blut übergehen, aber das ist noch immer nicht so der Fall. Die Abfallsammlung und der Abfallraum und die Reinigung ist immer wieder Zankapfel im Zusammenleben. Und nicht nur, dass es ein Zankapfel ist, es schlägt sich natürlich auch, wenn es nicht ordnungsgemäß gemacht wird, in den Betriebskosten nieder. Dass die Mülltrennung wieder Thema wird, ist auch bestätigt durch den Vorstoß in der Stadt Salzburg, hier wird darüber nachgedacht, die Müllgebühr anders zu gestalten, um auch die Trennung zu intensivieren. In Graz ist natürlich auch einiges zusätzlich dazu passiert. Die Kommune, die Stadt, das Land unterstützt einzelne Initiativen wie beispielsweise Zusammen Wohnen, die Stadtteilzentrenbetreuung oder auch die individuelle Ausbildung von Personen und Abfallberatern und Abfallberaterinnen. Und das Best-Practice-Beispiel habe ich schon genannt, also in der Unteren Bahnstraße, wo es gelungen ist, durch die Initiative vor Ort zum einen zu kommunizieren mit den Nachbarn, was können wir besser machen und zum Zweiten auch, dass die Müllgefäße erheblich reduziert wurden. Es ist jetzt natürlich auch ein Faktum, dass wir sagen, gut, es darf sich auch in den Betriebskosten niederschlagen. Ausgehend von diesen Überlegungen ist es mir ein Anliegen, quer über die Stadt zu schauen. Wir haben schon vieles, aber es ist nicht flächendeckend passiert und die Idee ist jene, dass wir schauen, schauen wir über die Stadt, wo auf welcher Liegenschaft gibt es extrem hohes Abfallvolumen, welche Maßnahmen können wir dort setzen und hier soll die Stadt dazu

aktiv werden. Und natürlich die Benefits sollen sich auch niederschlagen in den Müllgebühren beziehungsweise in den Betriebskosten.

Ich darf hier seitens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

d r i n g l i c h e n A n t r a g

stellen: Die zuständigen städtischen Abteilungen mögen unter Federführung des Umweltamtes beauftragt werden, ein entsprechendes Modell zur besseren Trennung des Abfalles in Siedlungen gemäß Motivenbericht zu entwickeln und dem Gemeinderat bis Juli dieses Jahres zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen. Ich ersuche um Zustimmung. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bürgermeisterstellvertreterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 17.40 Uhr den Vorsitz.

GR.ⁱⁿ **Schönbacher** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Antragstellerin! Ja, das ist wirklich ein sehr dringliches Thema, weil im Zuge meiner Gemeinderatsarbeit besuche ich oft Bürger, die in Gemeindewohnungen oder Siedlungen leben und das Thema Mülltrennung ist nur eines der vielen Probleme, aber es ist eben sehr emotional. Aus dem Grund, weil das einfach höhere Kosten verursacht, meistens für Menschen, die sich aber höhere Kosten auf keinen Fall leisten können. Einer der Gründe dafür könnte sein, dass wir in Siedlungen sehr viele Menschen verschiedenster Herkunft und Wertanschauung haben. Ein Wir-Gefühl ist oft fast gar nicht möglich, zum einen wegen mangelnder Integrationswilligkeit, zum anderen wegen fehlender Disziplin und

drittens wegen Gleichgültigkeit gegenüber Regeln, die wir haben. Bisher hat ein Aushang von Mülltrennungsregeln erfahrungsgemäß nicht viel bewirkt, zumindest habe ich das festgestellt bei den Bürgergesprächen und wenn ein Bewohner, der vorbildlich Müll trennt, einen anderen darauf anspricht, dann wird er meistens auch noch beschimpft. Deswegen, wenn der Wille fehlt, dann sind auch die Bemühungen oft umsonst. Trotzdem, die Maßnahmen im Motivenbericht oder im Antrag sind auf jeden Fall einmal ein Versuch zur Verbesserung der Wohnqualität und in der Hoffnung, dass Abfallberater in den Siedlungen auch etwas Gutes bewirken, werden wir diesem Antrag zustimmen (*Applaus FPÖ*).

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Susi Bauer, wir haben im Vorfeld schon intensiv diskutiert und genau das, was wir jetzt erlebt haben, ist das, was mich jetzt als zuständige Stadträtin dazu bringt, doch noch einmal einen Überblick darüber zu geben, was in den letzten Jahren in dieser Stadt alles geschieht, auch deswegen, weil wir, das ist gar nicht so lange her, im Herbst auch einen nächsten Schritt, nämlich ein breit aufgesetztes Abfallvermeidungsprogramm, beschlossen haben, das noch früher ansetzt, als wenn es dann am Ende im Müllraum zu Konflikten kommt. Ich will jetzt nicht intensiv darauf eingehen auf meine Vorrednerin, aber doch will ich etwas aufgreifen, auch wenn es die FPÖ natürlich immer wieder versucht, auf das Thema MigrantInnen und Zusammenleben mit Menschen anderer Kulturen zurückzuführen, dann kann ich dem insofern etwas abgewinnen, dass wir natürlich in einer Gesellschaft leben, wo viele Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungshintergründen heute wesentlich dichter miteinander in einer Stadt leben und das braucht natürlich eine andere Zugangsweise als wir die noch vor 20 Jahren hatten, das teile ich sogar mit Ihnen, Frau Kollegin Schönbacher. Dass jetzt alleine die Migranten/Migrantinnen wieder die Verantwortlichen sind für eine Misere, das teile ich nicht. Aber wir sind eine kunterbunte Stadt mit sehr vielen unterschiedlichen Menschen und Bedürfnissen und

leben eng beieinander. Produzieren so viel Abfall wie nie zuvor, brauchen wir nur schauen, was wir jeden Tag an Verpackungsmaterial mit nach Hause schleppen, das heißt, die Situation ist dichter geworden, gar keine Frage. Das ist Grund, warum wir schon im Jahre 2009 das Projekt Abfalltrennung in Wohnsiedlungen ins Leben gerufen haben, das heißt, wir gehen davon aus, dass Präsenz, Beratung vor Ort, BürgerInnengespräche, Einbindung vor Ort der Betroffenen und auch engagierte Menschen, die entweder als qualifizierte AbfallberaterInnen schon längst ausgebildet wurden und immer wieder ausgebildet werden oder eben engagierte Bürger und Bürgerinnen wie die Frau Mernig oder die Frau Sahin Koller, die hier sind, die in ihren Bereichen mit zusätzlicher Kompetenz in ihren Nachbarschaften arbeiten, dass das ein ganz ein wichtiger Ansatz ist. Im Umweltamt wurde schon sehr früh in 20 Sprachen Informationsmaterial aufgelegt, es gibt regelmäßige Aktionstage mit Abfallsortierung vor Ort, Workshops zur richtigen Abfalltrennung, Beratung über die Gebühreneinsparung, bessere Gestaltung der Sammelstellen, Beratung hinsichtlich der Planung von neuen Sammelstellen sowie Abholung, wenn Bedarf ist, bei Sperrmüll, Elektroaltgeräten, Problemstoffen etc. Die Ausbildung der Abfallberater light, die du auch angesprochen hast, da sind wir als Umweltamt natürlich beteiligt und es wird die nächste Ausbildung gerade gemeinsam vorbereitet. Diese Pilotprojekte gibt es mehrfach, es gibt sie aber nicht in allen Wohnsiedlungen, das ist wahr, hier würde ich mir wünschen, und deswegen ist, der Antrag im Text war in die richtige Richtung weisend, aber er ist eben deswegen auch nicht dringlich, weil hier einiges jetzt in Anbahnung ist und wir eigentlich, was uns noch fehlt, ist das Engagement einzelner Hausverwaltungen. Das heißt, ohne Hausverwaltung, die mitspielt, kommen wir nicht weiter. Wir können immer gerne in Siedlungen kooperieren, wir kommen hin als Umweltamt und beraten dort vor Ort, aber wir brauchen auch das entsprechende Engagement der Hausverwaltungen und hier ist ein Zusammenspiel mit den unterschiedlichen Abteilungen mit der Holding immer zu verbessern, gar keine Frage, aber nachdem da viel passiert, werden wir der Dringlichkeit in dieser Form nicht stattgeben, so sehr im Inhalt wir die Dringlichkeit und auch die neuen

Herausforderungen in diesem Bereich sehr wohl sehen und das Umweltamt hier nicht umsonst im Jahre 2013 zum Beispiel schon für die Projekte in den Siedlungen den zweiten Platz für Erfolgsprojekte bekommen hat von der ARA und vom Magazin Umweltschutz und andere Städte inzwischen unsere Programme auch übernommen haben. Also die Dringlichkeit nicht, aber im Inhalt, dass da was zu tun ist, ist gar keine Frage, deswegen sind wir auch hier sehr fleißig (*Applaus Grüne*).

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Liebe Antragstellerin, liebe Lisa Rücker, ich melde mich jetzt aus zwei Gründen, auf der einen Seite natürlich, weil das Thema Gemeindewohnungen wieder angesprochen worden ist und da möchte ich nur einfach noch einmal in Erinnerung rufen, die Gemeindewohnungen in der Stadt Graz machen acht Prozent der Mietwohnungsanteile aus. Das heißt, wenn wir von dem Thema Mülltrennung und sorgsameren Umgang damit und sozusagen den Versuch, dass die Kosten in den Wohnhausanlagen minimiert werden, denke ich mir, haben wir ja wohl alle im Auge und nicht nur unsere GemeindemieterInnen. Das Glück, muss ich jetzt tatsächlich so sagen, was unsere GemeindemieterInnen tatsächlich haben, dass es ein näheres Dabeisein durch die Hausverwaltungen gibt, durch Hausbesorger und durch engagierte Bewohner und Bewohnerinnen, wie die Lisa Rücker schon gesagt hat, eben bei der Frau Mernig und bei der Frau Sahin Koller, die im Text, im Motivenbericht auch erwähnt worden ist, selbst eine tolle Ausbildung hat und mit viel, viel Engagement, das muss man auch sagen, das ist ein langer Prozess durch gute Unterstützung auch der Hausverwaltung, in dem Fall die Neue Heimat, das ist eine Genossenschaft, das dazu geführt hat. Was wir regelmäßig machen in Zusammenarbeit mit dem Umweltamt, das hat die Lisa Rücker schon angesprochen, da gibt es eine wirklich tolle Kooperation und Zusammenarbeit mit dem Wohnen Graz, regelmäßig Müllworkshops, aber das ist auch, also die Bereitschaft zu kommen, sich sozusagen dann vor Augen zu führen, was man eigentlich in die Restmülltonne täglich hineingeschmissen wird, das ist eigentlich das,

was am wichtigsten ist. Die Leute müssen sehen, was eigentlich in den Müllkorb sie selber mitreinschmeißen und da, liebe Frau Gemeinderätin Schönbacher, das weiß ich aus 18 Jahre Erfahrung, da gibt es keine Grenze, ob das jetzt von welchem Land wer ist, ob das Österreicher sind oder Ausländer, leider, sage ich, ist diese Disziplin, was das Wegwerfen des Mülls betrifft, macht nirgends Halt. Es ist schlechter geworden, das stimmt, deswegen ist da mehr Handlungsbedarf gegeben, aber das kann man nicht einfach nur in eine Richtung zuordnen. Von viel Papier halte ich nichts, du kannst es in 20 Sprachen und auch für unsere Österreicher noch extra noch hingeben, aber es ist immer das Vor-Ort-Sein, dass, wenn du in der Wohnhausanlage gute Hausbesorger hast, gute Ansprechpartner in Zusammenarbeit mit dem Umweltamt, Müllworkshops, dann funktioniert es. Dort, wo die Bereitschaft zur Mitarbeit nicht gegeben ist, wird es nicht so gut funktionieren. Das Bemühen in diese Richtung ist von unserer Seite da, deswegen werden wir der Dringlichkeit und dem Inhalt zustimmen, weil ich darauf baue, dass sozusagen das mit dem Umweltamt zusammen da ein Weg gefunden wird, wie wir das noch verstärken können (*Applaus KPÖ*).

GR. **Mayr:** Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Damen und Herren auf der Zuschauergalerie! Natürlich, die Argumente sind ja schon von den beiden Stadträtinnen vorher gebracht worden. Das Thema ist wichtig, allerdings es passiert sehr viel in dem Bereich. Es passieren nicht nur sehr viele Initiativen von Seiten des Umweltamtes, die privaten Initiativen, die Initiativen in den Siedlungen selber, auch das Land Steiermark ist engagiert in dem Bereich. Die Frau Stadträtin hat ja die Abfallberater/Abfallberaterinnen light angesprochen. Unter anderem eben ein Projekt, ein Ausbildungsprojekt von Seiten des Landes, das im Umweltressort also jetzt beim Landesrat Leichtfried situiert ist und insofern ist aus unserer Sicht hier das, was möglich ist, nämlich sozusagen der vollkommene staatliche Eingriff in den doch teilweise privaten Bereich, wird nicht möglich sein und wird auch

nicht funktionieren. Wir setzen auf die Initiativen, die es hier gibt, die schon sehr umfangreich sind, die sehr auch teilweise Erfolge zeigen. Unterstützen diese Initiativen, die kann man verstärken, aber wir sehen im Moment keine Dringlichkeit für diesen Antrag (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer**: Ich möchte nur ganz kurz replizieren, Herr Kollege Mayr, man kann die Sachen von verschiedenen Seiten betrachten und ich bin Analytikerin und ich gehe immer drauf einmal zu, kann sagen, wie können wir das Beste daraus herausholen. Lässt man es entweder zufällig geschehen oder schauen wir, ob wir es systematisch zusammenbringen. Und das Thema ist das systematische Zusammenbringen dort, wo Handlungsfelder sind, gelingt nur dann, wenn das ämterübergreifend ist, gemeinsam mit der Holding, gemeinsam mit der Entsorgung und mit den Hausverwaltungen, das ist sonnenklar und es ist einmal ein neuer Zugang und sagen, na gut, wir schauen uns das auch an, wo sind Ansatzpunkte und dann sagen, na gut, vielleicht finden wir eine engagierte Person in diesen Siedlungen oder es reicht eine Information. Die Lösungswege sind dann unterschiedlich, aber man muss einmal schauen, gut, wo kann man ansetzen? Und die Stadt ist groß, die Frau Stadträtin hat das erwähnt, es gibt sehr, sehr viele Siedlungen, wo nichts passiert. Genau das ist der Zugang hin zur Flächendeckung und natürlich auch, wir wissen, je besser getrennt werden die Abfälle, desto besser können sie verwertet werden und desto höherwertiger kommen sie in den Kreislauf zurück. Also das ist ein großes umweltpolitisches Anliegen nebst den Kosten, die eine ordnungsgemäße Mülltrennung auch sparen hilft. Danke (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.

GR.ⁱⁿ **Katholnig** zum Antrag: Sehr geehrte Stadtsenatsmitglieder, liebe Gemeinderäte und Gemeinderätinnen, liebe Damen und Herren auf der Bühne! Ich kann es mir nicht verkneifen, ein Wort eben zu der Anmerkung der FPÖ zu sagen (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Die Migranten nehmen den Österreichern die Arbeit weg und wenn sie nicht arbeiten und Mindestsicherung beziehen, dann sind es die Migranten, die am meisten, also die Meistbetroffenen sind. Es zieht sich wirklich wie ein roter Faden durch eine ganze Gemeinderatssitzung, es sind immer die Migranten schuld, dass irgendein Problem ist oder ich muss das ganz ehrlich sagen. Und ich wohne zufälligerweise in einer Siedlung, also ich habe mir nicht eine Siedlung ausgesucht, wo keine Migranten sind, es wohnen zufällig keine Migranten in meiner Siedlung und wenn ich mir dann da dieses Müllhäuschen oder diese Müllinsel, die wir da haben, anschau, muss ich ehrlich sagen, das ist eine einzige Katastrophe, das denke ich mir jedes Mal, ich als fleißige Mülltrennerin, wenn ich da rausgehe, bei mir in der Siedlung wohnen Akademiker ohne Migrationshintergrund, bei mir wohnen keine Asylwerber, bei mir wohnen im Großen und Ganzen Mittelschichtpersonen bis höher ausgebildete Personen und die können auch keine Mülltrennung und dass ihr immer den Migranten die Schuld gebt, das ist mir ein Bedürfnis zu sagen, das ist unterste Schublade. Danke (*Applaus KPÖ, SPÖ und Grüne*).

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Ich möchte auf eine Entwicklung doch noch einmal eingehen, weil die Elke Kahr hat es kurz angerissen und es ist ein Thema, das uns generell in dieser Stadt bei den Wohnsiedlungen, wo mehr Leute wohnen, immer wieder beschäftigt. Wir haben es auch schon gehabt zum Thema, wie die Gehsteige ausschauen. Es ist so, dass immer weniger Hausverwalter täglich vor Ort sind, dass Firmen engagiert werden, die einmal in der Woche kommen und damit natürlich dieses ständige drauf Schauen, ob

im Müllraum Ordnung ist oder nicht, durch fehlende Hausbesorger, das ist einmal ein Grundproblem, das noch dazukommt und das ist eine gesellschaftliche Entwicklung, wo man sich fragen muss, ob man sich das nicht auch als Wohngemeinschaft sozusagen lieber leisten will, in den Betriebskosten einen Hausbesorger/Hausbesorgerin vor Ort zu haben und damit dieses tägliche drauf Schauen gewährleistet zu haben. Das heißt, das ist eine Entwicklung, die noch dazukommt und die sicherlich nicht einfacher macht und deswegen, Susi Bauer, dein Antrag ist meiner Meinung nach nicht in die richtige Richtung gegangen, weil das da in der Stadt versucht wird, was geht. Das eine Thema, das wir noch nicht im Griff haben ist, dass die Hausverwaltungen in dem Bereich alle so sensibilisiert sind wie sie sein sollten, dass sie sehen, dass sie sich da wesentlich mehr an Ärger sparen könnten. Aber den Ansatzpunkt, den sehe ich eher auf einer Landesebene und auch auf einer gesetzlichen Zugangsweise, wo man eben zum Beispiel sagt, ab einer bestimmten Anzahl von Menschen sollten zum Beispiel Hausverwaltungen, jetzt sind wir wieder beim Eingriff in die persönlichen Rechte, weiß ich schon, aber trotzdem sollte man zumindest in irgendeiner Form für eine ständige tägliche Betreuung auch vor Ort sorgen und da sollten die Hausverwaltungen dazu auch einen Druck erhalten. Das können wir von der Stadt aus leider so nicht regeln, das heißt, das ist ein Ansatzpunkt, wo Kontinuität der Betreuung auch von Seiten der Hausverwaltungen stärker unter Druck kommen müsste (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Schönbacher**: Damit die Kollegen, die meiner Wortmeldung vorhin nicht ganz folgen konnten, nicht das Protokoll mühsam durchlesen müssen, wiederhole ich jetzt noch einmal ganz kurz. In meiner Wortmeldung kam vor, dass die Ursache möglicherweise aus verschiedenster Herkunft oder auch Wertanschauung sein kann. Dazu habe ich gesagt, Integrationswilligkeit fehlt oft, aber es fehlt auch Disziplin und eine Gleichgültigkeit gegenüber Regeln herrscht ebenso. Aber danke, Kollegin

Katholnig, du hast mir gezeigt, es geht euch nicht um Sachlichkeit und deshalb werden wir dem Inhalt jetzt nicht zustimmen (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer**: Diese Wendung, Frau Kollegin, das ist eine Besonderheit, ich glaube, dass muss man im Protokoll dann noch einmal extra nachlesen, mehr möchte ich dazu gar nicht kommentieren, ich möchte wieder zur Sache zurück. Ich glaube, es ist wirklich wichtig mit den Hausverwaltungen, das ist ein unangenehmes Thema, ich weiß es von verschiedenen Seiten auch, weil in meinem täglichen Brotberuf, es will sich um das eigentlich keiner kümmern, man will es weg haben. Die Hausverwaltungen wollen es weghaben, die Betreuer von in den Hausverwaltungen, es ist ein lästiges Thema und ich glaube, das sollte man einfach angehen und ich hätte es gesehen, dass das im Paket, Lisa Rücker, drinnen ist. Danke.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) abgelehnt.

6) Volksabstimmung TTIP

GR. **Mogel** stellt namens FPÖ und Piratenpartei folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Mogel**: Liebe Zuhörer, hoher Gemeinderat, werter Stadtsenat, Frau Vizebürgermeister! Aufgrund immer wiederkehrender sich widersprechender Meldungen zum Thema TTIP hat sich das österreichische Parlament im September 2014 zu einem Entschließungsantrag zu diesem Thema durchgerungen, wobei ich dazusagen muss, für uns Freiheitliche war er damals bei weitem nicht ausreichend,

aber das ist eine andere Geschichte. Die Bundesregierung wurde darin aufgefordert, sich bei den Verhandlungen für folgende Punkte einzusetzen:

- Einhaltung sozialer, datenschutzrechtlicher und ökologischer Mindeststandards
- Transparenz der Verhandlungen und Zugang der Öffentlichkeit zu den Verhandlungsunterlagen
- Klassifizierung als gemischtes Abkommen, das heißt, dass auch die nationalen Parlamente zusätzlich diesem Verhandlungswerk zustimmen müssen
- Schutz öffentlicher Dienstleistung gegenüber Handelspartnern

sind nur einige Punkte hier, es ist nur auszugsweise.

Weiters wurde die Sinnhaftigkeit der Investorenschutzklauseln für Staaten mit entwickelten Rechtssystemen hinterfragt.

Seither gab es etliche Diskussionsrunden, Anträge und wohlklingende Aussagen wie beispielsweise „Freihandel ja, aber unter vernünftigen Bedingungen“ oder von einem nunmehr Ex-Kanzler „für ein soziales, umweltfreundliches und faires TTIP“. Das sind jetzt alles schöne Worte gewesen, dass diese Punkte tatsächlich in die Verhandlungen und vor allem in die Ergebnisse eingeflossen sind, konnte bis jetzt nicht dargelegt werden. Jüngste Veröffentlichungen lassen den Schluss zu (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), dass dies nicht stattgefunden oder zumindest keinen Erfolg gezeigt hat. Die Verhandlungen werden weiterhin unter strengster Geheimhaltung und zum größten Teil auch unter Ausschluss unserer gewählten Vertreter geführt. Wenn man, jetzt frei nach einem anderen Ex-Kanzler der Meinung ist, „es sei alles sehr kompliziert“, und man die Notwendigkeit eines solchen Abkommens den Bürgern nicht darlegen kann, ist eben diese Notwendigkeit vielleicht nicht gegeben. Bislang wurden auch von unserer Regierung noch keine Ziele kommuniziert, die sich Österreich oder die EU für ihre Bevölkerung gesetzt hat. Freihandel als Dogma und ohne positive Zielsetzung für die Bevölkerung erscheint mir eher wie ein Glaubenssatz und nicht für eine Richtschnur rationalen oder verantwortungsvollen Handelns.

Ohne dem Verhandlungsergebnis vorgreifen zu wollen, und ohne das berüchtigte Chlorhuhn in irgendeiner Art und Weise zu bemühen, muss man trotzdem festhalten,

dass ein Abkommen solcher Tragweite auf jeden Bereich unseres Lebens Einfluss nehmen wird. Zum Beispiel Lebensmittelsicherheit, Landwirtschaft, Datenschutz, öffentliche Auftragsvergabe, medizinische Versorgung, Umweltschutz usw. Über den Investorenschutz und die damit verbundene Möglichkeit, Staaten wegen Gewinnminderung aufgrund regionaler Gesetzeslagen zu klagen, drohen Gesetze zum Schutz von Konsumenten, Arbeitnehmern, aber auch Umwelt ausgehebelt werden zu können.

Auch aufgrund dieses zu befürchtenden Souveränitäts- aber auch Demokratieverlustes und der tiefgreifenden Einflussnahme in das Leben eines jeden Österreicher, stelle ich im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs und auch unter der Unterstützung unseres Kollegen Pacanda folgenden

dringlichen Antrag:

Die Stadt Graz möge am Petitionswege mit dem Ersuchen an die zuständigen Stellen des Bundes – im Besonderen an die Bundesregierung – herantreten, sämtliche Verhandlungsdokumente zum Thema TTIP der Öffentlichkeit offenzulegen und sämtliche Möglichkeiten auszuloten, das Verhandlungsergebnis vor einer Beschlussfassung einer Volksabstimmung zu unterziehen.

Ich bitte um Annahme (*Applaus FPÖ*).

7) Abbruch der TTIP-Verhandlungen sowie keine vorläufige Anwendung des CETA-Abkommens

GR.ⁱⁿ **Ribo**, MA stellt namens von Grünen und Piratenpartei folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ **Ribo**, MA: Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Gäste auf der Tribüne! Auch bei meinem heutigen dringlichen Antrag geht es um das Thema TTIP und eben auch um das sogenannten CETA-Abkommen. Zum Thema TTIP hat der Kollege bereits einige wichtige Punkte gesagt, also mit der Veröffentlichung der TTIP-Leaks ist die Debatte neu ins Rollen gebracht worden, also vor allem die Rufe der Kritiker sind jetzt immer lauter und lauter. Die massiven Meinungsverschiedenheiten der beiden Vertragspartner sind mittlerweile so deutlich, dass es eigentlich jetzt nicht viel Diskussion in diesem Bereich mehr gibt. Also ich sage jetzt auch noch einmal ganz kurz einige Punkte, sei es jetzt Verbraucherrechte, Lebensmittelrechte, Umweltschutz, private Schiedsgerichte, das sind alles Sachen, die für uns einfach wichtig sind, für deren Standards wir gekämpft haben und da möchten wir auch nicht abrücken. Das heißt, die sind nicht verhandelbar, ich möchte auch ganz kurz, das ist mir wichtig, die Landwirtschaft da erwähnen, die LandwirtInnen müssen bereits jetzt mit sehr schwierigen Situationen kämpfen, mit fairen Preisen und das TTIP-Abkommen würde die Situation für die sicher nicht verbessern. Ganz wichtig ist auch zu erwähnen, dass unsere Märkte und viele Arbeitsplätze, dass wir hart dafür gekämpft haben für unsere hohen europäischen sozialen Standards und davon möchten wir auch nicht abrücken. Wie gesagt, es gibt noch eine große Liste an Nogos aber ich zähle jetzt nicht alles auf, weil der Kollege Mogel das schon gemacht hat. Ein weiteres ausverhandeltes Abkommen, wie schon am Anfang erwähnt, ist das CETA-Abkommen zwischen Kanada und der EU. Es soll eine vorläufige Anwendung des Abkommens bereits ab 1.1.2017 erfolgen, obwohl, und das ist eben ein sehr wichtiger Punkt und ein sehr bedenklicher Punkt, die nationalen Parlamente erst 2018 oder sogar 2019 darüber entscheiden werden. Also Fakt ist, dass das vorliegende Abkommen aus der heutigen Sicht Österreich sicher mehr Gefahren bringen wird als Chancen. Eine genaue oder detaillierte Analyse ist auch hier nicht möglich, weil einfach nicht alles öffentlich gemacht wird. Also die Transparenz fehlt vollkommen. Und auch dieses Abkommen zielt eher darauf hin, dass natürlich wieder

Großunternehmer und Großkonzerne wieder gestärkt werden und das wirkt sich natürlich auf die Klein- und Mittelbetriebe aus und wie wir aber schon bei unserer vorigen Diskussion gehört haben, Klein- und Mittelbetriebe sind, gerade in Österreich und gerade für unsere Wirtschaft, so etwas von wichtig. Deswegen eben eine Zustimmung zum TTIP-Abkommen würde für Österreich aus der heutigen Sicht, sind die Folgen eben schwer abschätzbar.

Namens des grünen Gemeinderatsklubs und mit Unterstützung vom Kollegen Pacanda stelle ich daher folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz tritt am Petitionsweg an die Bundesregierung heran und fordert diese auf

- die TTIP-Verhandlungen von europäischer Seite abubrechen,
- auf den Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft einzuwirken, dass er einer vorläufigen Anwendung des CETA-Abkommens ohne Einbindung der nationalen Parlamente nicht zustimmt sowie das CETA-Abkommen in der vorliegenden Form ablehnt und nicht unterzeichnet,
- sich in Gesprächen mit den österreichischen EU-Abgeordneten dafür einzusetzen, dass sie in jeder weiteren Abstimmung über die geplanten Freihandelsabkommen in der vorliegenden Form dagegen stimmen, und
- sich für eine vollständige Offenlegung der Verhandlungsprotokolle zu den Freihandelsabkommen einzusetzen (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Krotzer** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Mitglieder des Gemeinderates, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Offenbar haben auch die Themen des Bundespräsidentchaftswahlkampfes den Grazer

Gemeinderat erreicht. Wir können dazu sagen, dass die KPÖ nämlich genau vor zwei Jahren, im Mai 2014, bereits einen Antrag eingebracht hat mit der Forderung, dass die Verhandlungen zu TTIP abgebrochen werden, da als Resolution an die Bundesregierung. Und natürlich können wir auch sagen, dass sich unsere Meinung in der Hinsicht seit Mai 2014 in keinsten Weise geändert hat, wir werden natürlich beiden Anträgen der Dringlichkeit nach und dem Inhalt nach zustimmen. Warum? Die Handelsrechtsexpertin Lori Wallach bezeichnet TTIP als große Unterwerfung der Teilnehmerstaaten und die Interessen von Großkonzernen und wörtlich als Staatsstreich in Zeitlupe. Wenn wir einen Blick auf dieses Vertragswerk werfen, wird es schnell deutlich, was hier passiert. Hier wird hinter verschlossenen Türen und zwar insbesondere, wir haben heute auch schon diskutiert über die Rolle der großen Konzerne, sind in diesen Diskussionen oder Verhandlungen, die die EU-Kommission geführt hat, 93 % der Gespräche, die geführt worden sind, sind mit Lobbyisten der großen Konzerne, der großen Industrievertreter geführt worden und die geben natürlich hier die Rolle vor. Es geht um deren Profitinteressen, es geht in keinsten Weise um soziale, demokratische, ökologische Errungenschaften, sondern vielmehr darum, diese abzubauen, diese zu zerstören, weil sie als sogenannte Handelshemmnisse gelten in diesem geplanten großen gemeinsamen Markt. Wir würden dann sehen, dass durch die Angleichung der Sozial- und Umweltstandards zwischen EU und USA viele soziale Rechte, öffentliches Eigentum, Umweltauflagen, VerbraucherInnenenschutz, Datenschutz, auch demokratische Kontrolle und Arbeiterrechte noch stärker unter die Dampfwalze des neoliberalen Kapitalismus geraten würden, das Ganze, sogar noch einklagbar wäre vor privaten Schiedsgerichten und das ist natürlich etwas, was zutiefst abzulehnen ist, wenn wir heute schon sehen, was für eine unglaubliche geballte Macht diese wenigen Konzerne haben über ganze Staaten, über ganze Erdteile oder eigentlich über die ganze Welt. Da müssen wir gegensteuern und das in keinsten Weise noch weiter befeuern, wie durch diese sogenannten Freihandelsverträge, wie es TTIP darstellt. Wir haben heute die Frage, Freihandel oder Freiheit und Demokratie, und wenn wir diese Demokratie nicht vollkommen über Bord werfen wollen, dürfen solche

Verträge in keinsten Weise beschlossen werden. Und natürlich, um zum Abschluss zu kommen, haben wir diese Resolution beschlossen, wir haben auch beschlossen, wir sind TTIP-freie Gemeinde, ich hoffe auch, die beiden Anträge heute finden entsprechende Zustimmung, aber natürlich muss das weitergehen, insofern weise ich auch an der Stelle darauf hin, dass es am 4. Juni auch eine große Demonstration in Graz gegen TTIP geben wird, die wir natürlich auch sehr gerne unterstützen, um hoffentlich auch mit tausenden Bürgerinnen und Bürgern zu zeigen, dass die Menschen hier dieses Abkommen nicht wollen. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer**: Danke für die beiden vorgelegten dringlichen Anträge, weil es ja wirklich ein wichtiges Thema ist. Manchmal würde ich mir gerade bei so wichtigen Dingen ein bisschen mehr Entscheidungskompetenz auch auf unserer Ebene wünschen, dass wir auch die Wünsche nicht immer nur weitertransportieren müssten. Kollege Mogel, ja der Antrag ist dringlich, wir werden aber dem Inhalt nicht zustimmen, sondern den grünen übernehmen, weil er weitreichender ist, er ist weitreichender und derselbe Inhalt. Aber ich glaube, es ist jetzt einmal auch sehr wichtig, und vor allem in den nächsten Tagen findet ja der Handelsministerrat statt und ich glaube, es wäre sehr wichtig, dass der zuständige Minister, sprich der Herr Vizekanzler, dort klar und mit Nachdruck kommuniziert, dass es in Österreich keine Zustimmung beispielsweise zu CETA kommen darf und ich glaube, das ist einmal, wäre ein sehr wichtiger Zugang, vielleicht kann man auf ÖVP-Ebene das auch weitertransportieren. Aus unserer Sicht die wichtigen Dinge, die problematisch sind, neben dem vielen, was schon angesprochen ist, das ist das Streitbeilegungsverfahren, das sind die Investitionsschutzklauseln, aber es sind auch andere Dinge beispielsweise bei CETA schon schwer in Gefahr, wo wir als Gemeinden und Kommunen betroffen sind. Hier gilt es wirklich, nämlich die Leistungen der Daseinsvorsorge und die öffentliche Auftragsvergabe aus dem CETA-Text auszunehmen. Wichtig ist und kritisch zu sehen

sind natürlich die Rechte zum Schutz von ArbeitnehmerInnen, KonsumentInnen und der Umwelt, dass das Vorsorgeprinzip ausgehöhlt wird, ist nicht zu akzeptieren, aber und was ich auch sehr bedenklich finde, dass die Verhandlungspartner gewisse Mindestarbeitsnormen nicht einhalten und gewisse internationale Mindestrechte nicht im eigenen Land umsetzen. Ich halte genau diesen Punkt, den man verhandelt, aber bei gewissen Basisdingen gibt es eine Differenz, die aus meiner Sicht unüberbrückbar ist. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Frölich**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Antragsteller! Das Bild, das wir sehen, was Transparenz und Geheimhaltung und Hineininterpretierung betrifft, ist tatsächlich ein verheerendes und deshalb bin ich für diesen Antrag auch sehr dankbar. Es gibt aber auch Gelegenheit, einen Blick auf Fakten zu werfen, die ich schon auch beachtet haben möchte, wenn man über diese Dinge nachdenkt. Es ist ja sehr viel schon in der Vergangenheit besprochen worden, sehr interessant, dass viele dringliche Anträge, die wir hier in diesem Haus diskutieren, unmittelbar zuvor im Nationalrat, im Landtag, in den Medien etc. diskutiert wurden. Es gibt einen Beschluss des Nationalrates, es gibt einen Beschluss des Landtages, der in diese Richtung geht, mehr Transparenz etc. Gut, dass wir darüber reden, ob das immer dringliche Anträge sind, die dazu führen müssen, das halte ich für das falsche Instrument, aber ich will auf eines hinweisen: Sie alle kennen das Hanse-Abkommen im 12. Jahrhundert, im 18./19. Jahrhundert hat es gegeben diese Freihandelsabkommen, die auf dem Prinzip der Meistbegünstigung fußen, es gab bis hin, ich überspringe vieles, WTO und dieses berühmte das GAT-Abkommen, das alles waren Freihandelsabkommen, die eines zum Hintergrund gehabt haben, Beschäftigungswachstum und andererseits Wirtschaftswachstum und das hat auch funktioniert. Wenn es fair war, wenn es transparent war, wenn die Partner in eine Win-win-Situation sich begeben haben. Dass jetzt diese Ängste der Bürgerinnen und Bürger existieren, hat schlicht und ergreifend

mit diesem verheerenden Stil zu tun, der absolut nicht zu akzeptieren ist. Entweder muss man da zurück zum Start oder man muss ab sofort die Karten auf den Tisch legen. Wie verheerend das ist, ein Zwischenergebnis, ein Zwischenverhandlungsergebnis auf den Tisch zu legen, wo dann alle Schlüsse daraus ziehen, was am Ende des Tages rauskommen wird, heute stehen wir da und reden über Dinge, wo wir wissen, dass bis hierher verhandelt wurde, aber noch kein Verhandlungsergebnis auf dem Tisch liegt. Ich gebe nur zu bedenken, 1,5 Milliarden Euro ist das Handelsvolumen steirischer Unternehmen mit den USA, wenn wir jetzt sagen, alles, was Freihandel zwischen USA und Österreich und der Steiermark und der EU betrifft, ist schlecht, dann sind wir sicher auf dem falschen Weg. Ich habe auch nachgeschaut, sechs von zehn Euro in der Steiermark werden im Export verdient und zwar von 86 % der KMUs, steirische Betriebe, österreichische Betriebe, die in die USA exportieren, das ist sicher ein sehr, sehr ernst zu nehmendes Thema, aber was ich einfordere, ist auch Transparenz, so wie es hier eingefordert wird und andererseits auch die Tatsache, dass wir seriös ein Verhandlungsergebnis abwarten sollten, bevor wir irgendwelche Gebietskörperschaften oder EU-Abgeordnete dazu auffordern, gegen irgendwas zu stimmen, von dem wir noch gar nicht wissen, was drinnen stehen wird. Kurz und gut, wir werden dem Antrag, Kollege Mogel, hier zustimmen, weil wir einfach der Meinung sind, dass hier eine Volksbefragung, wir sind ja sehr sorgsam mit Volksbefragungen in Österreich umgegangen, Stichwort Wehrpflicht, Atomkraft, durchaus auch dann, wenn Ergebnisse auf dem Tisch liegen, zielvoll sein können und die zweite Forderung ist absolut auch zu unterstreichen. Was den zweiten Antrag betrifft, ein Stopp von Gesprächen kann für uns nicht ein Thema sein und zwar auch dann nicht oder gerade dann nicht, wenn man mitten in Verhandlungen steht. Dazu aufzurufen, wie Leute seinerzeit einmal abstimmen sollen, wenn vielleicht einmal ein Ergebnis auf dem Tisch liegt oder gar gleich dazu zu sagen, stoppt die Gespräche, das können wir nicht mittragen, das können wir nicht unterschreiben, deshalb werden wir diesem zweiten Antrag der Grünen nicht zustimmen. Danke (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit des FPÖ-Antrages wurde einstimmig angenommen.

Die Dringlichkeit des Grünen Antrages wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

GR.ⁱⁿ **Ribo**, MA: Von meiner Seite auf jeden Fall danke an die Fraktionen, die meinen Antrag unterstützen. Es ist ein wichtiges Thema, haben wir schon alles gesagt. Ein bisschen verwundert bin ich natürlich bei der ÖVP, es ist so, dass wir vor nicht einmal einem Jahr einstimmig hier in diesem Raum Graz als Stadt oder dass der Gemeinderat einstimmig sich zu TTIP-freie Gemeinde und CETA-freien Gemeinde erklärt hat und deswegen bin ich natürlich etwas überrascht von eurer jetzigen Haltung. Aber dann muss ich wieder weiter nachdenken, ich denke mir, diese zwiespältige Haltung ist ja nicht wirklich was Überraschendes bei der ÖVP, auf der einen Seite diese große Empörung medial nach außen, das darf ja gar nicht sein, wir wollen kein Chlorhuhn auf unserem Teller, aber wenn es darum geht, wirklich abzustimmen und zu sagen, nein, wenn es um die politische Handlung geht, dann zieht ihr euch zurück. Aber das ist nun mal so und bei den anderen möchte ich mich einfach bedanken (*Applaus Grüne*).

GR. **Mogel**: Ich möchte mich für die breite Zustimmung, die sich hier abzeichnet, bedanken. Kurz vielleicht zur ÖVP, die eine Geschichte, dass ihr das jetzt auf mehreren Ebenen macht, ich glaube, dass es gerade bei einem so wichtigen Thema durchaus auch eine Bedeutung hat, das über verschiedene Ebenen auch im Staat hier etwas zu treiben und Druck zu machen, deswegen war das für mich auch ein Anliegen, das hier im Gemeinderat unterzubringen. Ganz kurz an die SPÖ gerichtet, ich glaube, dass es sich

nicht gegenseitig aufhebt diese beiden Anträge, weil die Volksabstimmung ist ja eigentlich zum grünen Antrag etwas Additives, deswegen sehe ich da jetzt kein großes Problem, nicht beiden Anträgen zuzustimmen. Aber ich bedanke mich auf jeden Fall für die große Zustimmung. Danke (*Applaus FPÖ*).

Der Antrag der FPÖ wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ) angenommen.

Der Antrag der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

8) Prüfung der Errichtung einer Begegnungszone oder vergleichbarer Maßnahmen zur Hebung der Verkehrssicherheit und der Lebensqualität im Bereich Alt-St.- Peter

GR. **Dreisiebner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Dreisiebner**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie, liebe Kolleginnen und Kollegen! Viele von euch werden das Projekt ViTo St. Peter, ein EU-Projekt, das vor ungefähr acht Jahren, glaube ich, gestartet ist und 2012 mit einer großen Dokumentation abgeschlossen worden ist, kennen oder einmal davon gehört haben, der Gemeinderat hat auf jeden Fall die Mittel seitens der Stadt Graz dafür freigegeben. Da ging es darum, lebendige historische Ortszentren am Beispiel von St. Peter in Straßgang, wer sich erinnert, gab es ein ähnliches Projekt zu bearbeiten und dementsprechende Lösung zur Verbesserung der dortigen Lebenssituationen zu erreichen in einer großen BürgerInnenbeteiligung, die über Jahre gegangen ist, die moderiert und über Jahre gegangen ist. In dem ViTo St.

Peter, das dann natürlich auch den politischen Vertreterinnen und Vertretern im Bezirk beziehungsweise in der Stadt präsentiert worden ist und bekannt ist, gibt es neben Baukultur, sozialen Parametern, Grünraumparametern, Generationsfragen usw. auch Vorschläge in Richtung der Verkehrsfragen und in dem, wie gesagt, zirka 60-seitigen Ergebnispapier ist dann im Kapitel Mobilität beziehungsweise Straßenraumattraktivierung eben zum Beispiel auch das Thema der Temporeduktion im historischen Altstadt kern, im historischen Ortskern des Bezirkes St. Peter gekommen. Neben Dingen wie Einschränkung Schwerverkehr, Verbesserung von Aufenthaltsmöglichkeiten, Straßenbaumpflanzungen und ähnliche Dinge mehr. Einige von euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind ja aus St. Peter, die wissen das wahrscheinlich sogar noch besser als ich. Das aufgreifend, aber auch natürlich die Wünsche, die die Menschen nach wie vor in St. Peter dahingehend haben, das man im historischen Ortszentrum, das kann man beschreiben vom Süden beginnend ungefähr mit dem alten Bezirksamt oder der Abzweigung Thomas-Arbeiter-Gasse, das ist dann eine Geschmacksfrage, also südlich der Petrifelder Kreuzung bis nördlich in Richtung der Terrassenhaussiedlung in etwa, man kann es auch noch weiter greifen, dass es dort eben den Wunsch gab und gibt, dass man mit einer Temporeduktion, mit einer Ermöglichung des gemeinsamen Miteinanders im Verkehr, dass man Radfahren kann, dass man die Straße wieder gefahrloser überqueren kann, der Transit und der ganze Autoverkehr dort ist ja bekannt, dass man in dieser Richtung einfach dementsprechende Maßnahmen setzt. Das war eben, wie gesagt, der Anstoß für diesen Antrag und auch eine Erinnerung (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), dass man dieses Projekt, das ja bei weitem nicht umgesetzt ist, auch wieder weiterzubetreiben beginnt. Und diese Erinnerung, da geht es ja darum, dass man dort versucht, den Menschen wirtschaftlich, sozial, aber natürlich auch gesundheitlich durch Lärmreduktion, durch Schadstoffemissionsreduktion usw. wenn der Verkehr verträglicher abläuft, dementsprechend eine bessere Lebensqualität anzubieten. Der Vorortwirtschaft eher die Chance zu geben, dass sie dort ihre Kundschaft haben, dass die Menschen zu ihnen kommen können, dass die Menschen

sich auch von A nach B bewegen können mit dem Fahrrad, zu Fuß usw., dass Kinder auch alleine zur Schule gehen können oder zumindest wieder mit den Eltern zusammen mit dem Fahrrad zur Schule fahren können. Das alles ist in gewissen Straßenzügen in St. Peter einfach sehr, sehr schwer möglich. Nicht jeder kann irgendwo nebenan eine Route nutzen, das gibt es manches Mal auch, aber nicht auf jeder Lage. Und den ganzen weiteren Motivenbericht mag ich jetzt nicht weiter referieren. Noch einmal diese Erinnerung, das ist ein wirklich Jahre altes Projekt, das war auch quasi ein Versprechen an die Bezirksbevölkerung, an die Menschen, die sich beteiligt haben und weiterhin noch aktiv sind und in diesem Sinne stelle ich den

dringlichen Antrag,

Stadtrat Mag. Mario Eustacchio wird ersucht, mögliche Varianten für die Verlangsamung des motorisierten Individualverkehrs auf ein verträgliches Maß, das heißt zum Zweck der Hebung der Verkehrssicherheit, der Aufenthalts- und Lebensqualität etc. folgend, im Ortszentrum von St. Peter zu prüfen. Insbesondere ist hierbei auch die Option der Einführung einer Begegnungszone zu prüfen. Zweitens über die Ergebnisse dieser Prüfungen und die daraus folgenden Konsequenzen ist dem Verkehrsausschuss bis zur Oktober-Sitzung 2016 ein Informationsbericht vorzulegen. Darüber hinaus soll in zeitlicher Nähe der Bezirksrat von St. Peter im Rahmen einer ordentlichen Bezirksratssitzung über diese Prüfungsergebnisse sowie die daraus folgenden Konsequenzen informiert werden.

Es geht um eine Prüfung, es geht um eine Prüfung der Verlangsamung, etwa Tempo 30 oder die Begegnungszone, und hierfür ersuche ich um Annahme. Vielen Dank (*Applaus Grüne*).

GR. **Pacanda:** Zum Thema der Dringlichkeit, lieber Karl, haben wir gestern relativ lange bezüglich dem Antrag diskutiert und ich möchte ihn ein bisschen aufdröseln, nicht ich allein, sondern mit ein paar Leuten, die auch da sind und möchte ihn ein bisschen aufdröseln und für mich oder für uns persönlich analysieren. Im Titel hast du ein relativ klares Ziel für mich definiert, du hast das Ziel, du möchtest die Lebensqualität und die Lebenssicherheit heben. Wie willst du das machen oder wie schlagst du das vor, eigentlich mit irgendwelchen Maßnahmen. Und wenn man dann genauer hineinschaut und das ist das... zum Titel, da bin ich sogar bei dir, also Lebensqualität heben, Lebenssicherheit heben in den Bereichen super Sache, schauen wir, welche Maßnahmen da man machen kann. Aber im Antrag steht dann eigentlich genau gezielt drinnen, was ist da wieder das Ziel im Antragstext? Im Antragstext ist das Ziel, den motorisierten Individualverkehr langsamer zu machen, wie, mit irgendwelchen Maßnahmen und der Nebeneffekt daraus ist, Erhöhung der Lebensqualität und der Lebenssicherheit. Wir haben gestern in unserer Diskussion einfach festgestellt, wir sind nicht der Meinung, dass in der St.-Peter-Hauptstraße das Ziel sein sollte, den motorisierten Individualverkehr langsamer zu machen. Definitiv sollten wir die Lebensqualität erhöhen, aber sozusagen das Ziel, den Individualverkehr langsamer zu machen, würde uns nicht sozusagen zu einer erhöhten Lebensqualität bringen, weil wir der Meinung sind, dass auch gewisse Rot-Phasen-Ampeln nicht unbedingt jetzt der Lebensqualität dienen, wenn dann die ganzen Autos sich da länger durchwälzen. Das heißt, wir hätten eigentlich vorgeschlagen, dass man da was anderes macht. Aber wir werden dementsprechend der Dringlichkeit nicht zustimmen, inhaltlich müsste man dann im Detail noch diskutieren. Danke.

GR. **Stöckler:** Sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie, liebe Karl! Philip, ich glaube, du hast schon sehr viel hinweggenommen, was ich eigentlich auch sagen wollte. Ich

lebe Zeit meines Lebens in St. Peter, beobachte die Straße, solange ich denken kann und es ist leider das, was sie ist, es war immer eine Einfahrtsstraße über die letzten 40 Jahre. Hat sich natürlich in den letzten Jahrzehnten verstärkt, allerdings die Möglichkeiten, die du da ansprichst, Begegnungszone, Temporeduzierung und, und, und. Zu den Problemzeiten haben wir überhaupt kein Tempoproblem dort, weil da ist der Verkehr eh fast stehend. Das heißt, es geht sukzessive nur weiter. Sicherheitsthematik haben wir dort auch so gut wie keine, wir hätten einen Bereich, der interessant wäre, das wäre vielleicht ein Fußgängerbereich, ein Schutzweg im Bereich des Postamts, das ist ein neuralgischer Punkt, der aber leider aufgrund der Problematik dort nicht zu lösen ist, wie alle städtischen Behörden schon vermerkt haben. Es ist auch ein Problem der Raser, es ist von den grünen Bezirksräten in St. Peter auf Tablett gebracht worden, wir haben ein Problem der Raser. Was ist passiert? Die Polizei ist dem nachgegangen, hat 6.500 Messungen durchgeführt, es waren 19 Verkehrsübertretungen, das heißt, laut Polizei, der Rudi Moser wird mir das wahrscheinlich bestätigen können, es ist so gering, dass es überhaupt fast nicht wahrnehmbar ist, dass das ein Verkehrssicherheitsproblem ist. Jetzt eine andere Frage, du stellst dann die Frage, wie ist das von der Luftgüte, von der Lebensqualität her? Ich weiß nicht, wenn wir keine Tempoproblematik haben, was dann mit der Luftgüte sein soll. Wir haben diese Autos leider, du zitierst ja selbst in deinem Antrag, das muss ich auch sagen, nun ist, wie eingangs bereits dargestellt in nächster Zeit mit einer Reduktion des fahrenden Pkw- und Lkw-Verkehrs nicht zu rechnen, also kann ich mich da nur dem Philip anschließen, wie soll das funktionieren? Du bleibst uns wirklich da in dem Antrag alles schuldig und deswegen müssen wir der Dringlichkeit leider nicht zustimmen und dem Inhalt dann leider auch nicht. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Eber**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, lieber Karl! Die St.-Peter-Hauptstraße ist tatsächlich

eine sehr problematische Straße, die ein tatsächliches Verkehrsproblem hat und das wirkt sich natürlich auch auf die Lebensqualität der Menschen dort. Egal, ob sie jetzt nur sozusagen auf dem Durchweg sind oder ob sie dort wohnen oder wohnen müssen. Du hast im Antragstext da nicht hineingeschrieben, sehr wohl aber im Motivenbericht, die Prüfung und Verordnung einer Tempo-30-Zone. Ich halte oder hielt das für durchaus vernünftig, zumindest was die Nachtstunden und was das Wochenende anbelangt, weil sonst ist es, wie auch der Kollege Stöckler schon gesagt hat, hinfällig, weil man dort eher nur im Schrittempo vorankommt. Was die Begegnungszone anbelangt, also ich glaube, bei einer dermaßen stark befahrenen Straße sehen wir das auch problematisch, allerdings hat der Karl gestern im Planungsausschuss etwas sehr Kluges gesagt, in einem völlig anderem Zusammenhang, er hat gesagt, in Gottes Namen stimme ich halt zu. Auch das werden wir bei diesem Antrag machen, weil ich mir denke, wenn wir eine Begegnungszone prüfen, insbesondere hast es ja da, es geht natürlich selbstverständlich auch um die Prüfung von anderen Möglichkeiten und Maßnahmen, die dann eben auch mitberücksichtigt werden können. In diesem Sinne darf ich auch jetzt schon einen Zusatzantrag einbringen, er ist ganz kurz, das geht sich leicht noch aus in meiner Redezeit. Der Antragstext unter Punkt 1 möge ergänzt werden um den Satz: Dabei soll auch eine Ausweitung der Busspurzeiten in der St.-Peter-Hauptstraße von 6.00 bis 21.00 Uhr in Erwägung gezogen werden.

Derzeit ist es ja so, dass die Busspur nur Gültigkeit hat von 6.00 bis 9.00 Uhr, eine Ausweitung wäre insofern natürlich aus meiner Sicht sinnvoll, damit man einfach den öffentlichen Verkehr dort beschleunigt und bevorzugt auch tatsächlich. 6.00 bis 21.00 Uhr wäre aus meiner Sicht natürlich optimal, wenn sich ergibt, wir machen es von 6.00 bis 9.00 und von 17.00 bis 19.00 Uhr, wäre das auch schon ein Schritt in die richtige Richtung. Wir werden jedenfalls dem Antrag vom Kollegen Dreisiebner der Dringlichkeit und dem Inhalt nach zustimmen. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 18.40 Uhr den Vorsitz.

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, sehr verehrte Zuhörer! Ja, der Kollege Dreisiebner hat die Gabe, nicht nur Ausschusssitzungen in die Länge zu ziehen und Magistratsabteilungen über Gebühr zu beschäftigen, nein, er stellt auch Anträge, die nicht dringlich sind. Man merkt, du hast dringlich nach einem Antrag gesucht, ich darf jetzt aufklären, muss aufklärerisch tätig werden. Die St.-Peter-Hauptstraße ist eine Landesstraße, also die fällt natürlich nicht in unsere Gebietshoheit. Genau benannt ist das die B67a, eine Landesstraße und eine Vorrangstraße ist rechtlich gar nicht möglich, hier eine niedrigere Geschwindigkeit als 50 zu verordnen, außer es wäre ein Kindergarten oder ein Seniorenheim an einer Stelle. Für uns ist auch zu wenig konkret, welchen Platz du überhaupt meinst, es kann nur das Ortszentrum für uns sein und das ist eben die St.-Peter-Hauptstraße. Wurde dir dann auch schon gesagt, dann ist der Motivenbericht etwas abgeändert worden, damit der Antrag überhaupt hier herinnen zur Debatte gestellt werden kann. Vielmehr glaube ich, dir geht es halt wieder darum, wie es den Grünen oft geht, dass man den MIV irgendwie als Feindbild darstellt, dass man den bekämpft, irgendwie behindert, also dem können wir nicht nähertreten. Auch ist schon ausgeführt worden vom Kollegen Stöckler, wir fahren dort sowieso mit Tempo 30, manches Mal nur mit Tempo 20 km/h, also gibt es da sicher keinen Grund und ich glaube auch nicht, dass die Luftbelastung weniger wird oder die Gesundheit ansteigt, wenn dort eine Begegnungszone verordnet wird. Dringlichkeit und Inhalt werden wir ablehnen (*Applaus FPÖ*).

GR. **Dreisiebner:** Vielen Dank für die vielen Reaktionen und für die vielen Missverständnisse. Eines ist richtig, Kollege Lohr, die St.-Peter-Hauptstraße können wir in dem Sinn nicht direkt behandeln, dahingehend ist es offener gefragt und dargestellt. Es ist aber nicht so, dass man nicht als Stadt Graz in solchen Straßenbereichen Vorschläge machen kann, zumindest Prüfungen machen kann und auch mit dem Land verhandeln kann und das sei dir zum wiederholten Male gesagt, auch wenn du meinst, dass nur ich die Zeit von wem anderen in Anspruch nehme, auch du tust es mit deinen Wortmeldungen oder mit deinen Glaubenssätzen über die Ausmaße von Luft- oder Lärmbelastungszahlen. Egal, ich glaube, wir sind dafür da, dass man nachfragen, wir sind dafür da, dass wir unsere Initiativen und Ideen einbringen und auch, wenn ich eure Initiativen und Ideen nicht immer unterstützen kann, ich meine nicht, dass wir dadurch Zeit verschwenden. Das glaube ich einmal grundsätzlich nicht. Ich habe hier die Prüfung verlangt, ich sehe, dass das scheinbar nicht mehrheitsfähig ist. Das Enttäuschende an der Sache ist, dass man hier einfach Glaubenssätze, ich beobachte die St. Peter Hauptstraße oder die Situation dort schon mein Leben lang und das war immer eine Hauptdurchzugsstraße usw., einfach vor sich hin sagt, ich sage jetzt bewusst nicht betet und einfach keine Kreativität und keinen Wagemut an den Tag legt, um zu sagen, schauen wir uns das einmal an. Wir haben dafür die Abteilung für Verkehrsplanung, genau deswegen habe ich auch nicht im Motivenbericht schon gesagt, was und wie die Lösung genau ausschauen muss und soll, weil ich es eben auch nicht genau weiß, aber die Verlangsamung ist etwas, was in St. Peter seit Jahr und Tag, das habe ich eingangs versucht darzustellen, von den Menschen in großer Zahl als eine mögliche Lösung gesehen wird. Und es geht nicht nur um diese Hauptlastzeiten, wo man dann wirklich nur mehr Stop an go hat oder gar nichts mehr geht, es geht um die Zeiten dazwischen, wo das alles sehr dominant vor sich geht, wo das Überqueren sehr schwierig wird, wo Menschen einfach sagen, nein, mein Kind kann da nicht alleine den Schulweg machen usw.

Zwischenruf GR. Stöckler: Wo ist das ein Schulweg?

GR. **Dreisiebner**: Wenn die Schule auf der einen Seite einer Hauptstraße ist und die Wohnung woanders ist, ist es im gewissen Sinn ein Schulweg, würde ich einmal sagen. Ich muss diese Straße überqueren, es wird auch Längsbewegungen geben, weil es unter Umständen andere Ziele gibt, aber scheinbar gibt es hier niemanden, der in St. Peter zu Fuß geht oder mit dem Fahrrad fährt, ist ganz egal. Auf jeden Fall gibt es Beispiele, funktionierende Beispiele, wie zum Beispiel Wohlfurt in Vorarlberg, die haben in einer Hauptdurchzugsstraße eine Begegnungszone eingeführt, wir haben auch in Andritz...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Dreisiebner**: Aber in Vorarlberg, wie du weißt, spielt sich alles entlang eines Tales ab und da kommen von dahinter auch... wir können jetzt alles...

Zwischenrufe unverständlich.

GR. **Dreieibner**: In Andritz gibt es im Ortszentrum Tempo 30, der Verkehr geht oft langsamer in der Früh und am späten Nachmittag, dazwischen, glaube ich, ist es so abgewickelt, dass Menschen auch in dem Bereich von einer Seite zur anderen wechseln können, da geht es um Besorgungen, Erledigungen, da geht es um Wege, die genutzt werden.

Zwischenrufe unverständlich.

GR. **Dreieibner**: Ist das jetzt eine offene Diskussionsrunde? Ich habe es nicht verbraucht.

Bgm. Mag. **Nagl**: Manche schaffen so eine große Dialogbereitschaft, dass es plötzlich zu so etwas wird.

GR. **Dreieibner**: Ich nehme zur Kenntnis, es wird weder ernsthaft das weiter getragen im Sinne eines Prüfungsantrages, wie eben im ViTo-Projekt entwickelt, es wird auch das, was das STEK zum Beispiel über unsere Stadtteilzentren und Ortszentren aussagt, nur dort genommen, wo man es gerne mag. Es wäre eine Möglichkeit, einmal an einem Stadtteil zu schauen, was da eigentlich geht, um das Miteinander besser möglich zu machen und ich glaube, dass das eben nur über eine Verlangsamung geht, Tempo 30 oder Begegnungszone. Wie auch immer, wie es scheint, glaubt das die Mehrheit nicht. Ich bedanke mich jedenfalls bei der KPÖ für die signalisierte Unterstützung in Gottes

Namens, den Zusatzantrag hätte ich auch für gescheit gefunden, aber er wird wohl auch nicht zur Ziehung kommen (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: KPÖ-Unterstützung in Gottes Namen, das ist ganz was Neues.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ und Grüne) abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Der Herr Gemeinderat Philip Pacanda möchte gesehen werden in den nächsten Monaten, hat einen dringlichen Antrag.

9) Graz als Vorbild für unabhängige und leicht zugängliche Wahlinformation

GR. **Pacanda** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Pacanda**: Habe ich jetzt gehört, in den nächsten Monaten? Ich wollte nur wissen, ob ich das richtig gehört habe. Herr Bürgermeister hat gerade die Dringlichkeit des Antrages erklärt...

Bgm. Mag. **Nagl**: In den nächsten Jahren habe ich ja nicht sagen können, geht ja maximal um Monate.

GR. **Pacanda**: Es geht um folgenden dringlichen Antrag zum Thema Graz als Vorbild für unabhängige und leicht zugängliche Wahlinformationen. Nicht nur Jungwähler fühlen sich zurzeit wenig informiert, sondern auch ältere WählerInnen würden einen niederschwelligeren Zugang zu Wahlinformationen bezüglich wahlwerbender Gruppierungen begrüßen. Tatsache ist es, dass der Zugang zu diesen Informationen nicht für alle Bürgerinnen und Bürger gleich einfach sich gestaltet und gerade als gewählter VolksvertreterInnen sollte es unsere Pflicht sein, den Wählerinnen und Wählern rechtzeitig vor einer Wahl, ein paar Monate vor einer Wahl eine transparente Übersicht über das politische Spektrum zur Verfügung zu stellen. In diesem Sinne wäre es zielführend, für jede wahlwerbende Gruppierung in einer Ausgabe der BIG, die ja das offizielle Medium der Stadt Graz ist und Informationen über kommunalpolitische Themen veröffentlicht. Jeder Partei in einem gleichen Umfang einen individuell zu gestaltenden Druckbereich von mindestens einer halben Seite kostenfrei zur Verfügung zu stellen, damit der Stadt hier eben keine zusätzlichen Kosten erwachsen, könnte man diese Wahlinformationen zugunsten einer entsprechenden Anzahl von Seiten in der dementsprechenden Ausgabe dann verzichten. Und gerade in einer Zeit, wo eben die Politikverdrossenheit sehr hoch ist, ist es unserer Meinung nach wichtig, eben politische Fairness zu zeigen und dementsprechend als Stadt Graz mit gutem Beispiel hier voranzugehen.

Daher ersuche ich den Grazer Gemeinderat, folgendem

dringlichen Antrag

zuzustimmen: Die zuständige Abteilung der Stadt Graz wird ersucht, einen Vorschlag zu erarbeiten, der ermöglicht, dass in einem angemessenen Zeitraum vor Gemeinderatswahlen in einer Ausgabe der BIG für alle wahlwerbenden Gruppierungen und Parteien in gleichem Ausmaß entsprechender Platz zur Verfügung gestellt wird, damit diese sich individuell den WählerInnen präsentieren können.

Dringlich: Dem zuständigen Ausschuss ist ein entsprechender Umsetzungsvorschlag beziehungsweise ein Beschlussstück bis spätestens der Gemeinderatssitzung im September 2016 vorzulegen. Dankeschön.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lieber Philip! Danke für den Antrag, unterstützen wir auf jeden Fall, es ist auch für uns dringlich. Die Stadt Graz, weil du schreibst, soll dann ein Vorbild werden, momentan ist die Stadt Graz, was zum Beispiel Transparenz während der Sitzungen betrifft, noch nicht wirklich ein Vorbild, siehe unsere unermüdlichen Live-Übertragungsbemühungen, vielleicht können wir dann zumindest ein Vorbild werden bei der Transparenz vorher für Bürgerinnen und Bürger, die vielleicht nicht unbedingt im Internet alles immer verfolgen. Dass wir eine Ausgabe des BIG spenden quasi für diesen Zweck. Wir wissen, es ist für kleine Fraktionen ohnehin immer schwierig, auf sich aufmerksam zu machen, antreten zu können, da sind etliche andere Hürden und man könnte zumindest einen kleinen Beitrag leisten, dass vielleicht auch Politikverdrossenheit bei denen, die versuchen, politisch aktiv zu werden und merken, sie haben viele Barrieren, dass die dort etwas reduziert wird. Also wir unterstützen das auf jeden Fall, hoffen, dass das zustande kommt und sind sicher, dass die BIG in den anderen Ausgaben durchaus die gewohnte Qualität an Informationen weiterbringt, sodass es auf diese paar Seiten, vielleicht sind es ja auch 20/30, je nachdem, wieviel kandidieren, aber auf diese Seiten durchaus verzichten können und sie einem demokratiepolitisch wichtigen Zweck widmen kann. Also Zustimmung von uns (*Applaus Grüne*).

GR. **Pacanda**: Dann hoffe ich, dass wir uns dann bald aus der Zeitung sehen in ein paar Monaten, hast du jetzt gerade vorher gesagt. Das muss vielleicht nicht sein, aber ich bin gespannt, wie die Abstimmung dann diesbezüglich aussieht, aber ich danke einmal derweilen.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, FPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.